PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH !

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN-LENINISTEN IN DER KPÖ

Nr. 24/25 15. Nov./1. Dez. 1964 Einzelpreis S 3,-

Chruschtschow ist weg - sollen seine Papageien bleiben ?

Der Sturz des Oberrevisionisten Chruschtschow hat unter seinen österreichischen Statthaltern eine derartige Panik ausgelöst, daß sie bekanntlich sofort beschlossen, drei ihrer Vertreter an den Schauplatz des Unglücks zu entsenden. Die drei Reisenden, die sich als Delegation des ZK der KPÖ ausgaben, nahmen sich nicht einmal Zeit, das ZK einzuberufen und zu befragen, sondern fuhren einfach los. Jetzt sind sie wieder da und man muß sagen, nicht gerade mit einem großartigen Erfolg - es sei denn, daß man eine mehrtägige Besichtigung der Sehenswürdigkeiten von Moskau als einen Erfolg betrachtet. Von den politischen Diskussionen ist eigentlich nur die Aussprache mit Ponomarjow von Belang, die sich aber auch kaum über den Rahmen dessen hinausbewegte, was man auch der "Prawda" entnehmen konnte, nämlich, daß der bei den Westlern so beliebte "Genosse Chruschtschow" eine Reihe überaus häßlicher und unkommunistischer Eigenschaften gehabt hatte, sodaß er nachgerade auch für seine Gesinnungsgenossen unerträglich wurde - von den Kommunisten ganz zu schweigen.

Der berühmte "Streiter gegen den Personenkult" trieb - so erfährt man jetzt - mit sich einen Personenkult, wie er primitiver und herausfordernder kaum denkbar ist, er hielt sich für ein Universalgenie, das alles und jedes besser verstand als alle anderen, alle Erfahrungen anderer mißachtete, auf keinen vernünftigen Rat

Aus dem Inhalt:

hörte und tat, als sei er der Nabel der Welt - kurz, ein von sich selbst in höchstem Maß eingenommener Besserwisser.

Der große "Wiederentdecker der Leninschen Normen" und der innerparteilichen und innerstaatlichen Demokratie war leider ein autoritärer "Chef", ein selbstherrlicher Kommandierer, der auf alle Beschlüsse und Kollektive pfiff, alles selbst entschied, hemmungslos nach eigenem Gutdünken organisierte, reorganisierte und desorganisierte, eine unverhüllte Vetternwirtschaft einführte und ein Regime persönlicher Willkür praktizierte.

Der "schöpferische Weiterentwickler" des Marxismus, der die kommunistische Bewegung mit den Theorien von der "Partei des ganzen Volkes", vom "Staat des ganzen Volkes", vom "friedlichen, parlamentarischen Weg" usw. beglückte, er war ein vollendeter Ignorant, ein grundsatzloser Handwerkler, der heute so und morgen wieder ganz anders sprach, ein kulturloser Mensch, der mit den Schuhen auf den Tisch klopfte, die moderne Kunst als "Eselsschwanz-Malerei" betrachtete und die Sowjetunion durch seine Äußerungen und sein Benehmen in Mißkredit brachte.

Der verdienstvolle "Organisator des Übergangs zum Kommunismus", er hatte - wie nun klar wird - eine Situation herbeigeführt, in der die sowjetische Wirtschaft schwere Mißerfolge erlitt, Milliardenwerte in fehlgehende Projekte gesteckt, den Wirtschaftsapparat durch eine Unmasse sich widersprechender Direktiven zerrüttet und desorganisiert, ein Absinken des industriellen Wachstums, eine immer katastrophalere Getreideknappheit, ein gefährliches Zusammenschmelzen der Gold- und Devisenreserven usw. verschuldet.

Der Vorkämpfer der "friedlichen Koexistenz" und Retter des Weltfriedens hat - so kommt nun heraus - die Sowjetunion in eine Reihe gefährlicher Abenteuer verstrickt, prinzipienlosen Waffenhandel betrieben, im Westen einen Schacher mit den deutschen Militaristen auf Kosten der DDR vorbereitet, im Osten die Gefahr von Grenzkonflikten mit einem sozialistischen Staat heraufbeschworen, den Amerikanern gestattet, ihren Krieg auf das sozialistische Nordvietnam auszudehnen und im Falle Kubas ein Abenteuer unternommen, das nur um den Preis eines blamablen Rückzugs beendet werden konnte.

Der rastlose "Kämpfer für die Einheit des sozialistischen Lagers und der kommunistischen Weltbewegung" - er hat nicht nur gegen zwei Mitglieder des sozialistischen Lagers unverantwortliche Blockade- und Boykottmaßnahmen durchgeführt, wie sie selbst unter kapitalistischen Mächten ungewöhnlich sind, sondern hat auch Länder wie Rumänien in einer Art behandelt, die dessen öffentlichen Protest und seine Orientierung auf eigene Wege zur Folge hatte; in bezug auf die anderen kommunistischen Parteien hat er sich in deren innere Angelegenheiten in einer Art eingemischt, daß nicht nur im Verhältnis zur KP Chinas und der albanischen Partei eine geradezu ausweglose Situation entstand, sondern sich sogar revisionistisch geführte Parteien abzusondern begannen und die in aller Form vollzogene Spaltung und Zerrei-

ßung der kommunistischen Weltbewegung buchstäblich schon datummäßig festgelegt war.

Sonst aber war Chruschtschow - so versichern uns die drei österreichischen Moskau-Reisenden - ein ehrenwerter Mann, dessen Verdienste unbestritten bleiben!

So lückenhaft und im Sinne des Revisionismus und Chruschtschowismus gesiebt die Berichte auch sind, welche die Fürnberg, Muhri und Scharf der Parteimitgliederschaft nun vorsetzen oder vorsetzen lassen, enthalten sie doch nicht wenige interessante Details. Zum Beispiel, daß die sowjetischen Gesprächspartner es ausdrücklich abgelehnt haben, im Detail über die außenpolitischen Fehler Chruschtschows zu sprechen! An dieser Abfuhr ändert auch die Retourkutsche nichts, daß die drei Heimkehrer nun stolz erzählen, sie seien in Moskau so kritisch und energisch aufgetreten, daß sogar die ebenfalls um Chruschtschow trauernden französischen Moskaufahrer der Meinung gewesen seien, das gehe schon zu weit! Wer wird da nicht an den Spruch erinnert: "Ei, schau das tapfre Hündchen an, es knurrt den Elefanten an!"?

Doch man soll nicht übertreiben. Indem das Hündchen vorne knurrte, wedelte es hinten in Wahrheit doch ganz artig mit dem Schweif. Die noch knapp vor der Abfahrt erhobene Forderung der "Volksstimme", man möge doch "Genossen Chruschtschow selbst" sprechen lassen, wurde nicht nur aufgegeben, sondern die drei Österreicher verzichteten auch auf ihre angekündigte Absicht, mit Chruschtschow persönlich zu sprechen. Sie begnügten sich mit einem Blick auf seine Rücktrittserklärung und respektierten im übrigen Chruschtschows Wunsch, angesichts seines so plötzlich eingetretenen hohen Alters in Ruhe gelassen zu werden. Fürnberg und seine Reisegefährten räumen jetzt sogar ein, die Art und Weise der Absetzung Chruschtschows sei korrekt gewesen und alle gesetzlichen, statutarischen und sonstigen

Chruschtschow und sein "teurer Genosse Tito" - inzwischen ist ihnen das Lächeln wohl vergangen.

Bestimmungen seien genau beachtet worden. Warum aber dann so energische Proteste und so bewegte Klagen über mangelnde Demokratie? Die Antwort ist bemerkenswert: Weil dem bekannten demokratischen Feingefühl und dem hohen demokratischen Niveau der österreichischen Revisionisten eine formelle Einhaltung der demokratischen Spielregeln und Normen noch lange nicht genügt! Sie erwarten einen über das Statutarische weit hinausgehenden demokratischen Geist, lebendige Demokratie am Puls der Massen, Fingerspitzengefühl, Fairness, Takt und Toleranz! Mögen sich die Leute in der KPdSU doch an unseren Genossen Fürnberg, Marek und anderen ein Beispiel nehmen!

Sie könnten sich überhaupt an Österreich ein Beispiel nehmen, meint Fürnberg. Während in Rußland, wie man sieht, nach fast einem halben Jahrhundert Sozialismus und nach einem Jahrzehnt Chruschtschow der Geist der Demokratie immer noch so zu wünschen übrig läßt, haben wir in Österreich es ja Gottseidank besser. Denn "für uns in Österreich sind von Anfang an andere, in vieler Beziehung günstigere Bedingungen gegeben und deswegen wird sich bei uns die sozialistische Demokratie nach dem Sturz des Kapitalismus sofort voll entfalten" (Fürnberg lt. "Volksstimme" vom 11. November 1964). Auf Grund des allseits bekannten, altgewohnten und tiefverwurzelten echt demokratischen Geistes, der das politische Leben in Österreich auszeichnet, einerseits, und des Vorhandenseins so hochgezüchteter Musterdemokraten wie Fürnberg, Marek usw. andererseits wäre es hier begreiflicherweise weder zum Auftreten Stalins noch zum Abtreten Chruschtschows gekommen. Wir sind ja schließlich Mitteleuropäer, beinahe Westeuropäer, und keine Muschiks!

Man verzeihe uns die Bitterkeit dieser Ironie. Doch die Arroganz, der Zynismus und die Unverfrorenheit, mit der die revisionistischen Manager hier auftrumpfen, ist so maßlos, daß man schwer die richtigen Worte findet.

Die Frage, wie "kritisch" bzw. wie demagogisch Fürnberg und andere Revisionisten den Ereignissen in der Sowjetunion gegenüberstehen, ist für uns übrigens garnicht die wichtigste. Das entscheidende Problem für die österreichischen Kommunisten liegt vielmehr darin: Wenn man in der sowjetischen Partei trotz der leider schon sehr weit fortgeschrittenen revisionistischen Degeneration dennoch zu der Überzeugung gelangt ist, daß man eine Figur wie Chruschtschow, Gestalten wie Adshubej zum Teufel jagen muß, wie kann man es da unserer angeblich so fortgeschrittenen österreichischen Partei zumuten, Leute wie Fürnberg und Marek, Scharf und Muhri an der Führung zu lassen, die nicht nur als mißtönende Lautsprecher und Papageien Chruschtschows auftraten, sondern ihren Meister noch zu übertreffen versuchten und sich auch jetzt noch als Statthalter Chruschtschows gebärden? Wie kann man diese Leute weiter an der Führung belassen, die einerseits die Parteimitglieder seit Jahr und Tag foppten und narrten und andererseits auch selber immer wieder als die Gefoppten und Genarrten dastanden, weil es immer wieder anders kam, als sie sagten und dachten?

Rastlos haben diese Verschworenen Chruschtschows jedes Abenteuer, jede Dummheit und jeden Verrat ihres Meisters beklatscht, haben ihn sklavisch kopiert, ihn zum besten und klügsten Kommunisten aller Zeiten aufzublasen versucht und einen Kult mit ihm getrieben, der keinen Widerspruch duldete. Ohne Rücksicht auf die Folgen haben sie versucht, die Partei in diesem Sinne gleichzuschalten, haben sie jeden, der widersprach, als "stehengeblieben" und "dogmatisch", wenn nicht als "Parteifeind", "Schädling" und "Spalter" diffamiert. Die ganze Parteipresse haben sie mit Hilfe einiger Dirigenten und willfährigen Handlanger solcherart gleichgeschaltet und das Kommando über den Apparat der Partei dazu mißbraucht, jede Opposition auszuschalten, niederzuwalzen und zum Schweigen zu bringen. Alle Mittel des moralischen, politischen und wirtschaftlichen Drucks, alle Möglichkeiten der Geschäftsordnung, alle Waffen des Apparats haben diese österreichischen Chruschtschowianer mobilisiert, um mit den Mitgliedern und Aktivisten der Partei fertigzuwerden, denen Marx, Engels, Lenin und Stalin höher standen als Chruschtschow und Tito, und die sich ihr kommunistisches Recht und ihre Pflicht, zu reden und zu schreiben, gelesen und gehört zu werden, nicht nehmen lassen wollten. Dutzende Genossen wurden gemaßregelt und ausgeschlossen, hunderte aus der

---

GENOSSE NGUYEN VAN TROI

Am 15. Oktober 1964 erschossen Agenten des amerikanischen Imperialismus den jungen südvietnamesischen Freiheitskämpfer Nguyen Van Troi. Er war angeklagt worden, im Mai d. J. einen Anschlag gegen den amerikanischen Staatssekretär Mac Namara versucht zu haben, der den US-Krieg gegen das vietnamesische Volk leitet. Als er zur Hinrichtung geführt wurde, schrie Genosse Nguyen Van Troi seinen Mördern ins Gesicht, daß ihre Niederlage unvermeidlich ist. Bevor die Schüsse krachten, rief er: "Es lebe Genosse Ho Chi Minh! Es lebe Vietnam!" Er war 24 Jahre alt, als er starb. Sein Leben widmete er einem Vietnam, das von den Imperialisten befreit ist und in dem das Volk eine Gesellschaftsordnung errichtet, die die Tränen der Not und des Schmerzes nicht mehr kennen wird. Sein Andenken wird immer währen.

Partei getrieben, tausenden den Schwung, die Begeisterung, den Glauben genommen - alles für Chruschtschow und seine Politik! Auch wenn sie die Kommandohöhen der Partei innehatten und sich auf "Mehrheiten" desinformierter, gegängelter Mitglieder berufen konnten, war es doch eine zutiefst undemokratische Politik der Umstülpung der Partei, eine fraktionelle Antiparteitätigkeit, um ihr revolutionäres Rückgrat zu brechen.

Und jetzt sehen sich die Organisatoren dieser Schädlingsarbeit zur höheren Ehre Chruschtschows plötzlich der Situation gegenüber, daß sie nach Moskau eilen, um dort einen kleinen Teil dessen einzusammeln, was die "Rote Fahne" schon seit über einem Jahr über die Rolle Chruschtschows und seiner Politik schreibt und beweist, daß jetzt sogar in der "Prawda" bereits eine Kritik Chruschtschows zu lesen ist, die auszusprechen in unserer Partei bis zuletzt Absetzung und Ausschluß bedeutet hätte!

Natürlich - sie sind wendige Leute. Wie alle prinzipienlosen Politiker gewohnt, immer wieder vor nicht vorhergesehenen, unerwarteten Ereignissen zu stehen und sich ihnen anpassen zu müssen, dauert ihre Schrecksekunde nicht lang und schon morgen werden sie wieder erzählen, sie hätten es immer schon gesagt, immer schon gewußt und darum wieder einmal recht behalten.

Doch man darf ihnen nicht erlauben, ihre wackelnden Positionen wieder zu festigen. Sie haben sich lange genug gedreht und gewendet. Weder eine Führung durch Papageien noch eine durch Wetterfahnen kann sich eine kommunistische Partei gefallen lassen. Chruschtschow ist verjagt - seine Statthalter müssen folgen. Wenn der Herzog fällt, muß auch der Mantel nach!

Alle Maßregelungen und Ausschlüsse gegen Genossen, die den Revisionismus der Chruschtschow und Konsorten bekämpften und weiter bekämpfen, müssen sofort aufgehoben werden!

Die "Rote Fahne" muß als Parteiorgan anerkannt werden!

Die österreichischen Chruschtschows aber, seine Papageien und Statthalter, die Fürnberg und Scharf, die Marek und Muhri müssen abgesetzt werden - so wie ihr Herr und Meister!

CHRUSCHTSCHOW - WIE MAN IHN HEUTE SIEHT UND WIE WIR IHN SCHON GESTERN GESEHEN HABEN

Am 18.10.1964 druckte die "Volksstimme" Teile aus einem "Prawda"-Leitartikel vom Vortag ab, der sich offenbar mit Chruschtschow befaßt:

Die Leninsche Partei ist ein Feind des Subjektivismus und des Selbstlaufes im kommunistischen Aufbau. Ihr sind Phantasterei, übereilte Schlußfolgerungen und voreilige wirklichkeitsfremde Entscheidungen und Handlungen, Prahlerei und Wortgeklingel, übereifriges Administrieren und Übergehen dessen, was Wissenschaft und praktische Erfahrung erarbeitet haben, fremd. Der Aufbau des Kommunismus ist eine lebendige und schöpferische Aufgabe, die keine Kanzleimethoden, keine eigenmächtigen Entscheidungen und kein Ignorieren der praktischen Erfahrungen der Massen verträgt.

Die Partei trat und tritt bei der Durchführung ihrer Generallinie unversöhnlich und konsequent gegen die Ideologie und Praktiken des Personenkults auf, der dem Marxismus-Leninismus und dem Wesen unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung fremd ist.

In ihrem Kommentar fügt die "Volksstimme" hinzu:

Diese Kritik wird ohne Namensnennung anonym geübt, bezieht sich aber zweifellos auf Chruschtschow.

Am 23.10.1964 setzte die "Volksstimme" an Hand eines tags zuvor in der KPdSU-Zeitschrift "Parteileben" erschienenen Artikels den Bericht über die Kritik an Chruschtschow fort:

Weder ein einzelner Kommunist noch ein einziges Parteiorgan habe das Recht, darüber hinwegzugehen, wenn jemand Hochmut an den Tag legt, nicht länger den Meinungen von Genossen Beachtung schenkt und sich auch selbst nicht mit der Förderung der Kritik, der schöpferischen und nicht rein formellen Diskussion in Versammlungen und Konferenzen befaßt.

Man könne nicht dulden, daß auch die maßgeblichste Persönlichkeit sich der Kontrolle einer führenden Körperschaft oder Parteiorganisation entzieht und einer glaubt, er wisse und könne alles, das Wissen und die Erfahrung seiner Genossen seien für ihn bedeutungslos. Berechtigte Achtung vor erfahrenen Führern habe nichts mit übertriebener Lobpreisung und Anspruch auf Unfehlbarkeit gemein. Eine solche Einstellung führe zu nichts Gutem

*

Der (leider wiederum anonym gehaltene) Artikel macht immerhin klar, wie der Vorwurf des Personenkults, der gegen Chruschtschow in der „Prawda" (ebenfalls anonym) erhoben worden war, zu verstehen ist.

Einer unserer Leser hat uns dieser Tage eine Ausgabe der "Volksstimme" gesandt, die ebenfalls das Datum 18.10. trägt. Sie enthält die folgende Schlagzeile:

Personenkult kehrt nicht wieder

Die Zeitung stammt vom 18.10.1961 und ist der Verherrlichung Chruschtschows gewidmet.

Ein Leser schreibt uns:

Hermann Schneider
YBBS / Donau
Feldmüllerstraße 20

Ybbs, am 9.11.1964

An die
Redaktion der "ROTEN FAHNE"
Wien 15.,

Werte Genossen!
Ich ersuche, nachstehenden Zeilen entsprechenden Raum zu geben:
"Der Regierungswechsel in Moskau" lautet die Überschrift eines Leserbriefes in der "Volksstimme" vom 8.November d.J., zu dem man als Kommunist unmöglich schweigen kann. Werter K.N. aus Oberwart: Die Stellungnahme der "Volksstimme" vom 29.Oktober zu Leserbriefen zum Führungswechsel in Moskau hat mich w e d e r tief beeindruckt n o c h hat sie mein Herz ergriffen - wenn, dann höchstens aus Ä r g e r !
Wenn ich mich an die "Rote Fahne" wende, so deshalb, weil ich nicht will, daß auch mein d r i t t e r Leserbrief zu den Meinungsverschiedenheiten durch den Z e n s o r der "Volksstimme" in den Papierkorb wandert.

Vor drei Monaten habe ich zu einem Leitartikel von Muhri in der "Volksstimme" Stellung genommen, der sich mit den Meinungsverschiedenheiten und der angeblichen Spaltertätigkeit beschäftigt

hat. Leider hatte die "Volksstimme" n i c h t d e n M u t , diesen Leserbrief zu veröffentlichen.

Zum Regierungswechsel in Moskau habe ich wieder durch einen Leserbrief an die "Volksstimme" meine Meinung zum Ausdruck gebracht. Wieder wurde meine Zuschrift nicht veröffentlicht.

Die in der "Volksstimme" veröffentlichten Stellungnahmen zum Sturz Chruschtschows und über China d e c k e n s i c h n i c h t mit meiner Meinung und meinen Ansichten. Denn vom ersten Tag an habe ich gesagt, daß Chruschtschow bei der Verurteilung des Genossen Stalin zu weit gegangen ist.

Ein politisch aufgeschlossener Mensch hat beim Stellungswechsel Mikojan-Breshnew merken müssen, daß der Abgang Chruschtschows vorbereitet wird. Überrascht waren nur diejenigen, die Chruschtschow blind gefolgt sind und jene, die davon geträumt haben, die Sowjetunion gegen China ausspielen zu können!

Sind wir froh, daß ein ernster Konflikt noch rechtzeitig abgewendet wurde, auf den sich die Feinde des Marxismus-Leninismus so gefreut hätten. D a r u m machen sie jetzt ein langes Gesicht und weinen um ihren Chruschtschow!

Nun glaube ich, ist es an der Zeit, daß die "Volksstimme" und das ZK der KPÖ Selbstkritik üben und die Differenzen in der Partei ehestens bereinigt, alle in diesem Zusammenhang erfolgten Ausschlüsse zurückgezogen werden!

Wir Marxisten-Leninisten brauchen keinen linken und keinen rechten Flügel, sondern Einheit auf der Grundlage unserer revolutionären Erkenntnisse. Ein Marxist muß auf das Lob seiner Gegner verzichten können - dann ist er auf dem richtigen Weg zu Frieden und Sozialismus. Religion ist zwar Privatsache, aber wer denn soll die Menschen vor einer Irrlehre schützen, wenn nicht wir Marxisten-Leninisten es tun?

DER RUF "PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!" HAT WIEDER GELTUNG!

Hermann SCHNEIDER e.h.

Unbewältigtes TB problem

Das "TAGEBUCH", die Intellektuellen-Zeitung, deren politisches und finanzielles Defizit die Partei mit einem erstaunlichen Opfermut trägt, hat bisher noch kaum eine Gelegenheit versäumt, im kleinbürgerlich-antisozialistischen Sinn über die Stränge zu schlagen. Was es sich allerdings jetzt, im Zusammenhang mit der Verjagung des geliebten Genossen Chruschtschow leistet, verdient besondere Würdigung. Die November-Nummer des TB erklärt in ihrem Leitartikel nämlich nicht mehr und nicht weniger als

a) daß die Demokratie in der Sowjetunion - nach fast einem halben Jahrhundert Arbeitermacht und Sozialismus - bloß ein "schwach glimmendes Fünkchen" sei;

b) daß in der Sowjetunion die "Schwäche, wenn nicht der Mangel" an den "für jede Demokratie wesentlichen Elementen" offensichtlich sei,

c) daß aber immerhin noch eine kleine Hoffnung existiert, aus der Sowjetunion werde noch was Vernünftiges werden, da es Hinweise darauf gibt, daß "der Funke der sozialistischen Demokratie nicht ganz erloschen ist".

Man überzeuge sich selbst:

Der Führungswechsel

In der Sowjetunion hat die Bedeutung der sozialistischen Demokratie, seit Stalins Tod von den Kommunisten mit wachsender Bewußtheit angestrebt, ins Blickfeld gerückt.

Die jüngsten Ereignisse, die allein durch ihre Plötzlichkeit allen Freunden der Sowjetunion einen Schock versetzen mußten, zeigen, wie schwach noch immer das Fünkchen glimmt. !

Daß es dazu kommen konnte, offenbart die Schwäche, wenn nicht den Mangel an den für jede Demokratie wesentlichen Elementen in der nachleninschen Ära der Sowjetunion. !!

daß der Mechanismus der Kollektivität nicht vollständig lahmgelegt, der Funke der sozialistischen Demokratie nicht ganz erloschen ist.

Freilich, die Begleitumstände des Führungswechsels zeigen, wie schwächlich der Funke glimmt.

Daß an dieser "funkelnden" Darstellung leider weder ein Fünkchen selbstkritisches Maß, noch ein Fünkchen Klassenstandpunkt zu finden ist, gehört zum Standard des TB.

Wir meinen, daß das Blatt die Tatsachen auf den Kopf stellt, wenn es die Sowjetunion einlädt, doch ein bißchen bei den Herren Demokraten zu lernen, von denen es bei uns so wimmelt. In der Sowjetunion gibt es nicht zu wenig, sondern allzuviel von den Erscheinungen, die die westlichen "Demokratien" so undemokratisch machen! Das sowjetische Volk braucht keinen Funken TB-Geist, sondern eine gründliche Befreiung von all dem politischen und ideologischen Unrat, den Chruschtschow und Konsorten ein Jahrzehnt lang aus dem Westen in die Sowjetunion eingeschleppt haben!

AUCH TELEFONISCH IST
DIE "ROTE FAHNE"
LEICHT ERREICHBAR

UNSERE NUMMER:
92-10-672

Gruss und Glückwunsch dem tapferen Albanien!

Am 29. November jährt sich zum 20. Male jener historische Tag, an dem sich das albanische Volk endgültig von den Ketten der Fremdherrschaft befreite und die Volksmacht errichtete.

Was dieser 29. November 1944 in der Geschichte des albanischen Volkes bedeutet, wird in vollem Umfang klar, wenn man das heutige Albanien mit dem von früher vergleicht. Das Gesicht des Landes hat sich von Grund auf geändert. In einem Sprung über Jahrhunderte hinweg hat sich eines der zurückgebliebensten und verelendetsten Länder Europas in eine Insel des Sozialismus verwandelt, in der Not und Elend für alle Zeiten beseitigt sind, alle Erwartungen übertreffende wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aufbauerfolge erzielt wurden und das jahrhundertelang unterdrückte und unter unerhörten Opfern für seine Freiheit kämpfende Volk endlich vor den Toren des Glücks, der Wohlhabenheit und der vollen Entfaltung all seiner bewundernswerten Kräfte und Begabungen steht.

In knapp zwei Jahrzehnten hat der Sozialismus alle Tränen des Leides und der Entbehrung aus dem Antlitz dieses leidgeprüften Volkes gewischt, verwirklichte er in wachsendem Maß das Wort von Karl Marx, daß dem Volk nicht nur Brot, sondern auch Rosen gebühren.

In einer Zeit, da die Werbekraft des Sozialismus durch die verderbliche Politik der modernen Revisionisten beeinträchtigt wird, begrüßen wir mit umso größerer Begeisterung das Beispiel des sozialistischen Albaniens, das uns die Möglichkeit gibt, unseren Freunden und unseren Feinden stolz zu sagen: Ihr wollt wissen, was Sozialismus ist? Schaut auf das kleine Albanien, schaut, was hier in kürzester Zeit geschaffen wurde! Schaut, was der Sozialismus auch unter schwierigsten Bedingungen vermag! Kein anderes System hätte unter solchen Bedingungen überleben, geschweige denn solche Aufbauleistungen vollbringen können!

Der grandiose, sozialistische Aufbau in Albanien ist das Ergebnis des heldenhaften Kampfes und der ebenso heldenhaften Arbeit seines Volkes. Er ist zugleich aber auch Frucht der konsequenten Führung durch seine bewundernswerte kommunistische Partei, die allen Schwierigkeiten und Anfeindungen zum Trotz niemals geschwankt hat und unter der Leitung von Marxisten-Leninisten wie Enver Hodscha, Mehmet Shehu, Hysni Kapo und anderen unbeirrbar ihren revolutionären Weg gegangen ist und weiter geht.

Die albanische Partei der Arbeit ist eine verhältnismäßig kleine Partei. Doch sie ist groß in bezug auf die Rolle, die sie im Kampf um die Reinheit des Marxismus-Leninismus, im Kampf gegen Revisionismus und Imperialismus, im Kampf um die revolutionäre Einheit der kommunistischen Weltbewegung und für den internationalen Sieg des Sozialismus spielt!

In unerschütterlicher Solidarität grüßen wir namens aller aufrechten Revolutionäre und Marxisten-Leninisten unseres Landes diese kampferprobte Partei, beglückwünschen wir das tapfere Volk der Skypetaren zum 20. Geburtstag ihres sozialistischen Staates und wünschen weitere große Erfolge auf ihrem Weg zu unserem gemeinsamen kommunistischen Ziel!

DIE REDAKTION DER "ROTEN FAHNE"

DAS NEUE SANATORIUM IN TIRANA

★

Der GROSSE Chruschtschow und das kleine ALBANIEN

Als Chruschtschow im Mai 1959 Albanien besuchte, erklärte er großsprecherisch, für ihn sei die Deckung des albanischen Getreidebedarfs eine lächerliche Kleinigkeit. "Bei uns fressen die Mäuse mehr auf, als Ihr verbrauchen könnt!", prahlte er. Er war anmaßend und überheblich, behandelte die albanischen Genossen als arme Hascher, als Niemande, die nichts zu melden hätten. Und dann unterbrach er seine Späße und stellte die Bedingungen, die Albanien erfüllen müßte, um sowjetische Lieferungen zu erhalten.

Damals und in den Zusammenkünften und Verhandlungen des Jahres 1960 haben ihm die albanischen Genossen eine klare, kommunistische Antwort gegeben: Niemals werden wir mit den Prinzipien des Marxismus Handel treiben! Lieber werden wir Gras und Erde essen, als uns zu verkaufen!

Die Antwort Chruschtschows war dann der haßerfüllte öffentliche Angriff gegen Albanien auf dem 22. Parteitag der KPdSU, die öffentlich erhobene verbrecherische Aufforderung, die Führung der albanischen Partei und Regierung zu stürzen und sie zur "Verantwortung" zu ziehen, war der bald danach folgende Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Albanien, seine Verbannung aus dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und aus dem Warschauer Pakt sowie die Verhängung eines alle Gebiete der Wirtschaft und der Politik, des Handels und der Kultur erfassenden Boykotts gegen dieses auf vorgeschobenem Posten stehende sozialistische Land. Chruschtschow und seine Clique waren überzeugt, das kleine Albanien binnen weniger Monate in die Knie zwingen zu können.

ES IST ANDERS GEKOMMEN. Der auftrumpfende Prahlhans und Erpresser Chruschtschow ist auf dem Misthaufen der Geschichte gelandet, wie es die Marxisten-Leninisten vorhergesagt haben. Das so-

zialistische Albanien aber lebt und gedeiht, ist stärker als je, hat nicht nur durchgehalten, sondern neue Siege des sozialistischen Aufbaus errungen.

Einige Zahlenangaben machen das deutlich:

Von 1960 bis 1963, in den Jahren des schwersten revisionistischen Druckes und der größten durch die Boykottmaßnahmen Chruschtschows verursachten Schwierigkeiten, erhöhte sich die industrielle Produktion Albaniens um 22 Prozent. Sie hat im heurigen Jahr den 32,4-fachen Vorkriegsstand erreicht, d.h. daß Albanien heute in elf Tagen ebensoviel erzeugt wie vor der Befreiung in einem Jahr!

Die Produktion an elektrischer Energie wuchs in den vergangenen drei Jahren um ein Drittel. Allein der albanischen Hauptstadt stehen heute rund 25 mal soviel elektrische Energie zur Verfügung als 1938 ganz Albanien!

Überaus lehrreich ist die Produktionsentwicklung bei einem der wichtigsten Bodenschätze Albaniens, dem Erdöl. Hier fiel nicht nur der plötzliche Abzug aller sowjetischen Spezialisten, sondern auch die Einstellung der Lieferung von Fördereinrichtungen, die totale Einfuhrsperre bei Ersatzteilen, ja sogar Entwendung vieler Forschungsunterlagen schwer ins Gewicht. Aber dennoch: welche deutliche Vorwärtsentwicklung sogar auch auf diesem Gebiet! Die Produktion blieb nicht nur ungeschmälert in Gang, sondern erhöhte sich um 9 Prozent. Als Chruschtschow seine Blockade begann, förderte Albanien zwar Erdöl, erzeugte aber keinerlei Schmieröle, da es noch keine moderne Raffinerie besaß. Alle Schmieröle wurden aus der Sowjetunion importiert. Über Nacht wurden nun diese Lieferungen gestoppt. Die Lastautos und Traktoren, alle Maschinen und Motoren des sozialistischen Albaniens drohten zum Stillstand zu kommen. Als die albanischen Genossen nun darangingen, die notwendigen Raffinierieanlagen in einer heroischen Anstrengung buchstäblich aus dem Boden zu stampfen, erhoben die internationalen "Fachleute" ein unehrerbietiges Gelächter: "Diese Ziegenhirten wollen moderne Schmieröle erzeugen!" Die albanischen Genossen, blutjunge Ingenieure, oft kaum noch mit dem Studium fertig, haben es geschafft! Dutzende Sorten von Hochleistungsölen bester Qualität fließen heute aus albanischen Anlagen.

In Stalinstadt, einem albanischen Erdölzentrum, sahen wir einen merkwürdigen schwarzen See, gefüllt mit teerigem Zeug, auf dessen Oberfläche sich riesige Regenwasserpfützen gebildet hatten. Hier die Geschichte dieses und ähnlicher Seen: Sechzig Prozent seines in großen Mengen geförderten Bitumens lieferte Albanien früher an die Sowjetunion. Chruschtschow sperrte mit einem Schlag den gesamten Import. Albanien hatte weder die notwendigen Barrels noch sofortige andere Exportmöglichkeiten zur Verfügung. Doch es stellte die Förderung nicht ein, sondern erhöhte sie. Monatelang wurde das Bitumen in riesige, einfach in die Erde gegrabene, seenähnliche Reservoire geschüttet. Heute werden diese Seen wieder ausgeschöpft. Aus dem zunächst unverwertbar scheinenden Rohstoff erzeugt Albanien heute wertvollen Koks und

erspart sich damit kostbare Devisen, die früher für die Kokseinfuhr ausgegeben werden mußten.

Bezeichnend ist auch das Beispiel der Kupfergewinnung. Sie erhöhte sich in drei Jahren Chruschtschowscher Blockade um 126 (!) Prozent, wodurch das gesamte Ziel des laufenden Fünfjahrplans in knapp einem Jahr erfüllt werden konnte. Wieso das? Der Grund dafür liegt darin, daß die von Chruschtschow ausgewechselten "Spezialisten" von einem merkwürdigen Mißgeschick verfolgt wurden. Trotz großem finanziellem Aufwand fanden sie immer weniger Kupfer und lieferten fast ausschließlich negative Analysen. Nach 1961 stellte sich dann heraus, daß sie sogar dort kein Kupfer gefunden hatten, wo es deutlich genug zu sehen war. Die jungen albanischen Geologen, die an ihre Stelle traten, hatten bessere Augen und auch vielen Nicht-Geologen sind nach diesen skandalösen Vorkommnissen die Augen über die Rolle Chruschtschows und seiner Werkzeuge weit aufgegangen.

Albanien ist ein Land mit umfangreichster Bautätigkeit. Die Baustoffindustrie hatte daher auch schon 1960 hohes Niveau. Trotzdem hat sie ihren Ausstoß seit 1960 um ein Fünftel erhöht. Fast 40 mal soviel Baumaterialien werden heute in Albanien erzeugt und verbraucht als 1938 !

Auch die Leicht- und die Nahrungsmittelindustrie haben die seit 1960 vergangene Zeit mit bedeutenden Ergebnissen abschließen können. Der Zuwachs beträgt in beiden Sparten 23 Prozent. Die Leichtindustrie Albaniens hat damit das 29-fache, die Nahrungsmittelindustrie die 31-fache Höhe des Vorkriegsstandes erreicht. Was die Textilindustrie betrifft, lieferte sie 1938 pro Kopf der Bevölkerung ganze 27 Zentimeter Gewebe im Jahr - heute sind es nahezu 20 Meter! Und diese Zahl wird weiter sprunghaft steigen, wenn das neue Textilkombinat "Mao Tse Tung", das an modernsten Maschinen 6.000 Menschen beschäftigen wird, seine Produktion aufnimmt.

FÄHIGKEIT ZUR SELBSTKRITIK?

Auch maßgebliche österreichische Parteifunktionäre haben die verbrecherische Politik Chruschtschows gegen das sozialistische Albanien unterstützt. Sie haben wie auf Kommando in Chruschtschows antialbanische Hetze eingestimmt, seine Erpressungsversuche und Boykottmaßnahmen beklatscht, ja sogar Fleißaufgaben bei der Verleumdung Albaniens gemacht.

Jetzt dämmert auch in führenden Kreisen der sowjetischen Partei die Erkenntnis, daß Chruschtschows antialbanische Politik, ebenso wie seine Ausfälle gegen Volkschina, unverantwortlich und schädlich waren, spalterisch und konterrevolutionär.

Wie ist es aber mit den revisionistischen Führern im Polbüro der KPÖ? Werden sie jetzt auch ihrerseits endlich mehr Vernunft annehmen? Werden sie Selbstkritik üben und ihre Haltung korrigieren? Werden sie sich bei der albanischen Partei und beim albanischen Volk entschuldigen und versuchen, die aufgelaufene Schuld zu tilgen?

Sie müßten es tun, wenn sie Kommunisten wären. Aber sind sie das noch?

Das N a t i o n a l e i n k o m m e n des albanischen Volkes ist in den Jahren seit 1960 um ein weiteres Viertel gewachsen. Es ist heute fünfmal so groß wie vor der Befreiung.

Machen wir nun einen Blick auf die albanische L a n d w i r t s c h a f t. Hier fällt vor allem die gigantische Arbeit ins Auge, die das sozialistische Albanien zur Fruchtbarmachung von Sumpfgebieten, Ödland und Bergland geleistet hat. Die Kolonnen jugendlicher Kommunisten, die den Buschwald roden und nie bebautes Land unter den Traktor nehmen, die kilometerweiten Felder und Gärten auf ehemaligem Sumpfland, die bis zur Höhe mit Wein, Obst- und Olivenbäumen bepflanzten Berge am Horizont – all das sind Kennzeichen des neuen Albaniens. Rund 500.000 Hektar kultiviertes Land besitzt Albanien heute, gegenüber 292.000 Hektar im Jahre 1938. So ist das Land um zwei Drittel gewachsen, ohne daß sich seine Grenzen verschoben hätten. Dafür macht es dem Fotographen heute schon Schwierigkeiten, irgendwo einen Sumpf ins Bild zu bekommen, um eine Vorstellung von dem zu vermitteln, was früher an Stelle vieler heute blühender Gärten war. Diese Sümpfe waren es, die 85 Prozent des albanischen Volkes früher an Malaria leiden ließen. Im vergangenen Jahr gab es in ganz Albanien noch insgesamt 79 Malariakranke, heuer sind es noch weniger. Die mit Be- und Entwässerungsanlagen ausgestatteten Flächen haben heute das über sechsfache Ausmaß der Vorkriegszeit und wachsen weiter, wobei auch dem Meer wertvoller Boden abgerungen wird.

Die m a s c h i n e l l e Ausstattung der albanischen Landwirtschaft läßt sich an der Vermehrung der Zahl der T r a k t o r e n beurteilen. Im Jahre 1938 gab es in ganz Albanien 30 Stück, 1948 erst 167, im Jahre 1958 rund 2700, während es jetzt etwa 7.400 sind. Es erfreute unser Herz, wenn wir auf nicht wenigen dieser über die Felder Albaniens kriechenden roten "Robotern" Fabrikationszeichen aus der Chinesischen Volksrepublik sahen.

Insgesamt kann die albanische Landwirtschaft zwischen 1960 und 1964 die Rekordzunahme von 3 9 P r o z e n t buchen. Das heißt, daß sie heute trotz weniger Beschäftigten fast zweieinhalbmal soviel Produkte liefert als vor dem Krieg!

Machen wir uns abschließend noch mit einigen Daten über die k u l t u r e l l e Entwicklung Albaniens bekannt. Das Analphabetentum, das vor der Befreiung mehr als 80 Prozent der Bevölkerung erfaßte, konnte praktisch schon in den Fünfzigerjahren liquidiert werden, obwohl erst 1952 die allgemeine Schulpflicht verwirklicht werden konnte. Im September 1957 gründete Albanien seine erste Universität.

Im Jahre 1938 gab es in Albanien insgesamt 58.000 Schüler aller Stufen, die einfachsten mit eingeschlossen. 1958 waren es bereits 223.000 und heuer wurde die Zahl von 400.000 erreicht. Jeder vierte Einwohner Albaniens besucht somit heute irgendeine Schule. Die Zahl der Mittelschüler stieg von 1.700 im Jahre 1938 auf 30.000 im Jahre 1960 und auf 51.000 im vergangenen Jahr.

Hochschüler gab es in Albanien bis zum Jahre 1946 überhaupt nicht. In den Jahren 1912 bis 1944, während einer ganzen Generation also, hatten rund 350 Albaner die Möglichkeit, ausländische Hochschulen zu besuchen und abzuschließen. Das sozialistische Albanien hat dagegen seit 1946 11.900 Hochschüler ausgebildet. Als die Revisionisten die 1.300 albanischen Studenten, die in der DDR und in der Sowjetunion studierten, zum Verlassen dieser Länder zwangen, hatte Albanien bereits die Kraft, sie im eigenen Land fertigstudieren zu lassen. Mit allen Mitteln versuchten die Revisionisten, diese Studenten zum "Abspringen" zu bewegen, machten ihnen Versprechungen oder drohten, sie würden in der Heimat verhaftet, abgeurteilt oder sogar erschossen werden, da sie jedenfalls "verdächtig" seien. Doch kein Student ging auf diesen Leim. Als man ihnen darauf das Weiterstudium untersagte, fuhren sie geschlossen heim. Viele von ihnen sind heute an verantwortungsvollen Stellen des Staates und der Wirtschaft Albaniens, manche sind selbst schon Professoren, obwohl sie noch wie Studenten aussehen. Als wir im Textilkombinat "Stalin" mit einigen jungen Ingenieuren sprachen, stellte sich heraus, daß es in diesem Werk allein mehr Ingenieure gibt als früher in ganz Albanien!

IN DER DORFSCHULE

*

Viele solche fast unglaublich scheinende Zahlen und Tatsachen ließen sich noch anführen. Sie alle beweisen, daß die revisionistische Sabotage und Erpressung den schwungvollen sozialistischen Aufbau Albaniens nicht stoppen, seinen unermüdlichen Vormarsch zu immer neuen, noch eindrucksvolleren Erfolgen nicht hindern konnte.

Das albanische Volk kennt heute seine große Kraft. Es hat erfahren, daß es unter einer konsequenten, zielklaren Leitung buchstäblich jede Schwierigkeit zu meistern, jegliche Aufgabe zu lösen vermag. Auf seine Weise hat auch der Renegat Chruschtschow zu diesem Bewußtsein beigetragen. Das albanische Volk hat seinen Sturz wie einen eigentlich längst fälligen Vollzug einer selbstverständlichen Entwicklung registriert, die es schon lange vorausgesehen und vorhergesagt hat.

F.St.

Zu den englischen Wahlen

(BRIEF AUS LONDON)

Bei der weitverbreiteten Enttäuschung des arbeitenden Volkes über die Politik der großen Parteien einerseits und bei den beharrlichen Versicherungen der revisionistischen Führer der KP Großbritanniens andererseits, sie würden einen echten Sozialismus auf ganz friedlichem, parlamentarischem Weg, ohne alle Diktatur und andere "stalinistische" Methoden verwirklichen, wenn man ihnen dazu genügend Stimmen gibt, hätte ein oberflächlicher Beobachter auf einen Stimmengewinn der englischen KP-Kandidaten tippen können. Merkwürdigerweise aber haben die 36 Kandidaten der KP Großbritanniens trotz aller revisionistischen Purzelbäume um die Gunst der Wähler noch schlechter abgeschnitten als in früheren Jahren.

Kennzeichnend sind die Stimmenverluste in solchen Gebieten wie West Fyfe und Rhondda East, wo die Partei traditionellen Einfluß besitzt. So fiel die Stimmenzahl in West Fyfe von 3.828 (1962) auf 3.273 jetzt, also um etwa 15 Prozent. In Rhondda East sanken sie von 4.580 auf 3.385, das ist um mehr als ein Viertel. Fast überall blieb die KP Großbritanniens unter 3 % der Wählerstimmen, in vielen Gebieten unter 2 %. Dabei kandidierte die Partei nur in den Gebieten, wo sie sich relativ stark fühlt. Um einige Beispiele zu geben:

Hayes-Haslington	2,56 %	Mitchum	1,22 %
Swindon	2,11 %	Luton	1,19 %
Willesden	2,97 %	Coventry	1,87 %
Wigan	2,39 %	Newcastle	1,83 %
Liverpool (Scotland)	2,77 %	West Lothian	1,23 %
Nottingham	3,05 %	Kinross	0,50 %

In West Lothian fiel die Zahl der Stimmen von 1.511 (1962) auf 610 jetzt, d. i. um 60 Prozent! In Dumbartonshire von 2.200 auf 1.171, d.i. um 47 %!

Woher diese Mißerfolge? Sicher nicht auf grund der feindlichen Propaganda der kapitalistischen Presse, des Radios und des Fernsehens. In der Tat hat es die Partei in dieser Hinsicht noch niemals so gut gehabt wie diesmal. Hugh Macdiamid zum Beispiel gewann in seinem Kampf, dem früheren Premierminister 127 Stimmen abzujagen, sogar beachtliche Popularität. Und es verging kaum ein Tag, an dem bekannte bürgerliche Kommentatoren nicht über den beharrlichen Kampf der KP Großbritanniens geschrieben hätten, ins Fernsehen zu kommen.

Wieso hat all das nichts genützt? Der wahre Grund ist, daß die Politik der KP Großbritanniens keine wirkliche Alternative zu den bestehenden Parteien mehr bietet. Sie ist eine parlamentarische Partei unter vielen anderen geworden. Sie erklärt, daß ihr "sozialistisches" Programm durch das Parlament verwirklicht werden kann, gemeinsam mit der Labour-Party und eigentlich nur gemeinsam mit ihr. Sie ist für Reform und nicht für Revolution. Sie zerbricht sich gemeinsam mit anderen Parteien darüber den Kopf, wie das bestehende kapitalistische System am besten reformiert und verbessert werden kann. Sie wendet sich an Kleinbürgerliche und Mittelschichten und nicht an die Kernschichten der Arbeiterklasse. Wer braucht sie bei einer solchen Politik?

Was die englische Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk braucht, ist der B r u c h mit der kapitalistischen Politik, eine klare, scharfe Alternative zu der faulen Theorie und Praxis des bürgerlichen Parlamentarismus.

In Huyton, Lancashire, im Wahlkreis Wilsons, hat ein antirevisionistischer Kandidat eine solche Alternative vertreten. Und ohne jahrelange Wahlkampagne, ohne großen Aufwand, nur durch die Kraft eines einziges Aufrufs, der die Wähler meist erst in der Woche vor der Wahl erreichte, konnte er auf Anhieb 1,36 Prozent der Stimmen erreichen. Es lohnt sich, die Schlußfolgerungen aus dieser Tatsache zu ziehen.

C.P.

NOTIZEN ZUM OLAH-RUMMEL

Franz Olah

hat unserem gefährlichsten Gegner eine Million Schilling gegeben!

— während unsere Vertrauensmänner mühsam den Wahlfond zusammentrugen

Hat die Partei in der bürgerlichen Presse verleumdet!

— während sie entscheidende Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Gegner führt

Hat die Einheit der Partei gefährdet!

Sauberkeit in Partei und Gewerkschaft — unvereinbar mit den Verfehlungen Franz Olahs

Innerparteiliche Demokratie — unvereinbar mit zügellosem Machtstreben

Wir Jungen fordern daher — zieht Konsequenzen: Ausschluß Franz Olahs aus Partei und Gewerkschaft! Verschärft den Kampf für die Interessen der arbeitenden Menschen!

Die jungen Sozialisten

Herausgeber: Verband Sozialistischer Mittelschüler, Verantwortlich: Erich Schmidt, Alle Wien 2, Praterstraße 25a
Druck: Altus Druck und Verlag AG, Wien 12, Arndtstraße 2

Das nebenstehende Flugblatt, das in den Tagen der heftigsten Olah-Diskussion verteilt wurde und den "Verband Sozialistischer Mittelschüler" als Herausgeber angab, hat viel Beachtung gefunden. Es verwendete ein starkes Argument zur Bloßstellung und Entlarvung eines prinzipienlosen Strebers, der in der Arbeiterbewegung nichts zu suchen hat.

Und dennoch kann ein nicht völlig oberflächlicher Mensch, von einem ernstlichen Linken ganz zu schweigen, dem Flugblatt keine Sympathie abgewinnen.

Allzu prompt ist es haargenau in dem Moment erschienen, als die rechte SP-Führung es für angebracht hielt, sich des lästig gewordenen Kompagnons zu entledigen und erhob ganz genau die Forderung, die man wünschte. Allzu deutlich erkennt man, wie hier

der unehrliche Versuch gemacht wird, den Anschein zu erwecken, als ob die Machinationen Olahs gegen das Wissen und den Willen des SP-Vorstandes unternommen worden wären, als ob die Pittermann und Broda, erfüllt von Idealen der "Sauberkeit" und der "innerparteilichen Demokratie", einen energischen Klassenkampf für die Interessen der arbeitenden Menschen, eine "entscheidende Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Gegner" führen würden.

Das Flugblatt ist ein Beispiel dafür, wie man richtige Forderungen erheben - und dabei doch alle wesentlichen Fragen verwischen und beschönigen kann. Im Falle Olah sind diese wesentlichen Tatsachen:

a) Die von Olah zugunsten gewisser Parteien, Zeitungen und Firmen auf der äußersten Rechten durchgeführten Millionen-Transaktionen - es handelte sich nicht um eine, sondern zumindest um 6 Millionen S und faktisch um Arbeitergelder - waren keine privaten Geschäfte eines politischen Einzelgängers, sondern erfolgten im Einvernehmen, mit Wissen und Billigung der zuständigen Instanzen des SP-Vorstandes, waren nur einige von vielen ähnlichen Machinationen im Gesamtsystem von dessen Politik.

b) Die Praxis solcher finanzieller Manipulationen hinter den Kulissen der offiziellen Politik gehört zum Wesen der bürgerlichen Demokratie und zu den normalen Methoden ihrer Parteien einschließlich der verbürgerlichten Arbeiterparteien. So war es Olah daher leicht möglich, auf seiner Pressekonferenz an Hand von Dokumenten den Nachweis zu führen, daß er diese Praktiken nicht erfunden habe, daß sie auch vor ihm schon gang und gäbe waren und sich ihrer zum Beispiel auch Broda und andere seiner Kritiker systematisch bedienten.

c) Es besteht keinerlei Grund zur Hoffnung, daß solche Praktiken mit dem Abtreten Olahs aufhören werden, umso weniger, als das unter Leitung des SP-Vorsitzenden Pittermann befindliche Kontaktkomitee des SP-Vorstandes mit der FPÖ, dessen Mitglied Olah war und als dessen ausführendes Organ er offensichtlich handelte, weiterbesteht und weiter funktioniert, wobei es der SP-Vorstand nichteinmal für notwendig hält, diese Tatsache in Abrede zu stellen.

●

Ein kennzeichnendes Detail zur Geschichte des Olah-Flugblatts entnehmen wir einer Resolution, die am 30. Oktober 1964 vom Wiener Landesvorstand des VSM (Verband Sozialistischer Mittelschüler) einstimmig angenommen wurde. Sie enthält die Feststellung, daß das Anti-Olah-Flugblatt "ohne Wissen und Beschluß des Landesvorstands Wien" herausgegeben wurde, das auf dem Flugblatt vermerkte Impressum insoferne also mißbräuchlich verwendet wurde.

Anscheinend hat hier also jemand in höchst einsamer Weise - bzw. nur in Zusammenarbeit mit den Broda-Leuten - VSM gespielt: eine nicht sehr überzeugende Methode in einer unter dem Motto von "Sauberkeit" und "innerparteilicher Demokratie" geführten Aktion gegen den autoritären Olah.

●

Was die KPÖ, unsere eigene Partei, angeht, registrieren wir mit Begeisterung die Entdeckung des Genossen Otto Horn in der "Volksstimme" vom 13.11.1964, daß die Anmeldung des "Führungsanspruchs" der SPÖ im Herbst 1963 zeitlich mit dem Beginn intensiver Verhandlungen zwischen SP und FPÖ

zusammenfiel, die Parole vom "Führungsanspruch" der SP daher eigentlich nur ein anderer Ausdruck für "kleine Koalition", also für eine Koalitionsregierung SPÖ-FPÖ ist! Genosse Horn hat zweifellos recht. Was werden aber Leute wie Marek, Fürnberg, Scharf und andere zu dieser Feststellung sagen, wo sie die Anmeldung dieses "Führungsanspruchs" doch bei jeder Gelegenheit als Beweis einer "Linksentwicklung" der SP und als Argument für die engere Zusammenarbeit mit ihr verwendet haben. "Wir begrüßen es, daß die SPÖ-Führung sich entschlossen hat, das zu tun, was für eine so starke Partei eigentlich selbstverständlich sein sollte, nämlich ihren Anspruch auf die Führung des Staates anzumelden", schrieb Franz West in der Jänner-Nummer 1964 von "Weg und Ziel". Wohlgemerkt: West sandte diese seine Grüße vor allem an Olah, den er richtig als den Hauptexponenten des "Führungsanspruchs" erkannte!

Die Tatsachen, die im Zusammenhang mit der Olah-Affäre wieder stärker ins Bewußtsein der Öffentlichkeit drangen, nämlich die offenkundige Förderung und Finanzierung neofaschistischer Kreise durch die SP-Führung, werfen erneut die schwerwiegende Frage auf:

DIE SP-FÜHRER UNTERSTÜTZEN DIE NEOFASCHISTEN - UND DIE REVISIONISTEN UNTERSTÜTZEN DIE SP-FÜHRER. WEM KANN EINE SOLCHE STAFFETTE NACH RECHTS, EINE SOLCHE EIMERKETTE DES UNHEILS NÜTZEN?

●

Beim Studium der zur Olah-Affäre geschriebenen Artikel ist uns auch der Leitartikel der "Volksstimme" vom 8. November aufgefallen. Erfreulicherweise bringt er in unsere Auseinandersetzung mit dem Zentralorgan unserer Partei eine angenehme Abwechslung: er gefällt uns! So sind die hier zu lesenden Sätze von weit über das Gegenständliche hinausgehender Bedeutung:

"Der Sündenfall...kam nicht plötzlich. Es ging langsam vor sich, Schritt für Schritt...mit jedem prinzipienlosen Geschäftchen, mit jedem Achselzucken, das zur Kenntnis nahm, man müsse sich eben dem Dschungel dieser bürgerlichen Welt anpassen, wenn man bestehen will.
Demokratie? Arbeitermoral? Information der kleinen Genossen und Vertrauensleute? Das sind doch Dinge, die für Sonntagsreden passen, aber nicht für die Wirklichkeit. Muß man sich nicht in dieser Wirklichkeit einrichten? Muß man nicht real denken?
Kann man sich aber einrichten? Kann sich eine Arbeiterpartei einfach so benehmen wie eine bürgerliche, ohne Schaden an Leib und Seele zu nehmen? Hier wäre die Erkenntnis für den ernüchterten SP-Genossen N. zu finden."

Wie wahr - nicht nur für die Erkenntnisse ernüchterter SP-Genossen! Von welch rührender Unbefangenheit muß man sein, um solche Sätze sich selbst auf den Leib zu schreiben, ohne es zu merken! Die "Geschäftchen" mit dem bürgerlichen Staat, die "Anpassung" an die Verhältnisse, das "reale Denken", die Probleme der mangelnden Demokratie und "Information der kleinen Genossen und Vertrauensmänner", wem käme all das nicht merkwürdig bekannt vor?

Der Leitartikel gipfelt in den Sätzen: "'Und darum geht es nun, Genosse N.: daß wir alle miteinander erkennen, warum es so weit gekommen ist, daß wir zurückkehren zur echten ungeteilten Solidarität...', beschwört

(Fortsetzung auf Seite 22)

1944: Albanische Partisanen vertreiben die letzten faschistischen Okkupanten

Tschu En Lai und E
die Waffenbrüdersch

2

SOZ

A

Moderne Traktoren auf früherem Sumpfland

Das alte...

r Hodscha besiegeln
Chinas und Albaniens

Staudamm und Kraftwerk "KARL MARX"
eines von dutzenden großen Bauwerken
des sozialistischen albanischen Staates

JAHRE
alistisches
BANIEN

Erstmals kommen die Reichtümer
Albaniens seinem Volk zugute

...und das neue TIRANA

 (Fortsetzung von Seite 19)

die ... ihre Leser. Doch sie erklärt garnicht, warum es soweit gekommen ist. Sie sucht die Schuld nur bei einem einzigen Mann...und nirgendwo sonst. Sie reduziert die gesellschaftliche Krise einer großen Arbeiterpartei auf das moralische Verhalten eines nunmehr 'wilden' Abgeordneten. Mit dieser Laterne in der Hand wird man nicht zurückfinden zur echten, ungeteilten Solidarität..."

Auch diese Worte , drei Wochen nach dem Sturz Chruschtschows niedergeschrieben, kann man nur unterstreichen. Wie schön, würde man sie nicht nur an die SP richten, sondern auch selbst beherzigen!

GOLDWATERLOO ?

Die amerikanischen Präsidentenwahlen sind vorüber. Mister President bleibt Mister President. Der Kandidat der Republikanischen Partei, Barry Goldwater, wurde in einem, wie es die bürgerlichen Kommentatoren nennen, "blamablen" Ausmaß geschlagen. Sie wollen damit sagen, daß die Gefahr des faschistischen Extremismus in den USA ihr Zentrum in der Person dieses Mannes gehabt habe, seinem Auftauchen und Treiben auf dem Parkett der "gottgewollten" amerikanischen Ordnung aber nun durch den klaren Sieg Johnsons ein Ende bereitet worden sei. Amerika und die Welt könnten nun wieder ruhig schlafen.

Dieser St.Georgsritter-Mythos ist aber völlig unrealistisch und daher recht gefährlich.

Jeder bürgerliche Klassenstaat weist innerhalb seiner herrschenden Klasse verschiedene Gruppierungen, Strömungen und Tendenzen auf. Daß sie miteinander konkurrieren, sich gegenseitig beeinflußen und durchdringen, ab und zu ihre Rollen tauschen und sich in der Führung ablösen, ist nur Ausdruck der Tatsache, daß ihnen das Entscheidende gemeinsam ist, nämlich, Gruppierungen und Tendenzen des Monopolkapitals zu sein.

Das gilt auch für die Situation in der Zentrale des Weltimperialismus, in den USA. Johnson und die gegenwärtige Regierung der Vereinigten Staaten sind die Exponenten des amerikanischen Monopolkapitals im allgemeinen und bestimmter Gruppierungen innerhalb dieses Monopolkapitals im besonderen, die ihre Interessen durch dieses Team am besten vertreten glauben. Daß sie als Vertreter dieses Monopolkapitals auch vor den aggressivsten Kriegshandlungen nicht zurückschrecken, hat die Aggression der "demokratischen" Kennedy-Regierung gegen Kuba und die Bombardierung nordvietnamesischer Städte durch die "humane" Johnson-Regierung gezeigt. Gleichzeitig demonstrierte die Ermordung Kennedys, daß die Drahtzieher der amerikanischen Oligarchie im Interesse gewisser für notwendig erachteter Wendungen auch bereit sind, einzelne ihrer Repräsentanten auf eine Art "abzulösen", die nicht gerade in der Verfassung der USA steht.

Gewisse andere Gruppen des amerikanischen Monopolkapitals sind der Meinung, es wäre besser, das bürgerlich-demokratische Mäntelchen abzuwerfen und die faschistischen Pfade der offenen, terroristischen Diktatur des Kapitals zu beschreiten. Diese Gruppen haben heute (es kann morgen umge-

kehrt sein) in der Republikanischen Partei ihre Hauptpositionen und haben diesmal Goldwater als ihren persönlichen Fahnenträger vorgeschoben.

Kann man aber nun Johnson und Goldwater wie zwei einander entgegengesetzte Möglichkeiten, wie die Symbole von Freiheit und Knechtschaft, von "Demokratie" und "Diktatur" einander gegenüberstellen und einen grundlegenden Gegensatz dort hineinerklären, wo in Wahrheit das Gemeinsame und Verbindende das Wesentliche, die Hauptsache ist? Ein solches Gegenüberstellen bedeutet in Wirklichkeit, den Charakter des US-Imperialismus und seines Staatsapparates zu "vergessen" und zu verschweigen, ja sogar den demagogischen, lügnerischen Anschein zu erwecken, als ob es so etwas wie ein freiheits- und friedensliebendes, demokratisches und humanes Monopolkapital gäbe!

Das ist ja eben der klassische Betrug der bürgerlichen Demokratie: den Massen eine echte Alternative, eine effektive Entscheidungsmöglichkeit, eine wirkliche Wahl vorzugaukeln, wo es tatsächlich keine Alternative, keine echte Entscheidung, nur eine scheinbare Wahl gibt und die Diskussion in mancher Beziehung an jene scholastische Auseinandersetzung erinnert, ob die blauen Teufel besser wären als die grünen.

NATÜRLICH GIBT ES UNTERSCHIEDE und kann es für die Arbeiterklasse nicht egal sein, ob die bürgerlich-demokratischen oder die faschistischen Tendenzen des Monopolkapitals stärker im Vordergrund stehen. Die Wahlen sind in dieser Hinsicht sowohl ein Gradmesser der Situation in den herrschenden Klassen, als auch eine Probe, wie weit der Einfluß der verschiedenen Strömungen in den Massen geht und was man ihnen schon zumuten kann. Wenn die Arbeiterklasse also die verschiedenen Tendenzen in den herrschenden Klassen verschieden beurteilt und sich ihnen gegenüber auch verschieden verhält, darf dadurch

keinesfalls das Bewußtsein verwischt werden, daß es sich eben um verschiedene Tendenzen des imperialistischen Monopolkapitals handelt, das durch und durch antidemokratisch, durch und durch parasitär und faul ist, das heute - wie Lenin lehrte - "POLITISCHE REAKTION AUF DER GANZEN LINIE" bedeutet!

Die Revisionisten haben ein großes Freudengeschrei darüber angestimmt, daß Goldwater geschlagen wurde. Aber sie schweigen darüber, daß die Kräfte, die ihn aufpäppelten und nach vorne schoben, natürlich weiter vorhanden und wirksam sind. Und sie verschweigen insbesondere, daß allein schon der Umstand, daß eine Figur wie Goldwater bis an die Schwelle der Präsidentschaftskanzlei kam, ein ernstes Symptom der in den USA vor sich gehenden politischen Entwicklung ist, daß allein schon die Kandidatur eines Goldwaters auf die Politik der Johnson-Regierung nachhaltigen Einfluß ausübte und insoferne ein wesentlicher Teil des Programmes der Leute hinter Goldwater, eine weitere Rechtsschwenkung der US-Regierung zu erreichen, schon erfüllt wurde.

Goldwater hat immerhin in sechs amerikanischen Bundesstaaten die absolute Mehrheit erreicht - ein Ergebnis, das vor etlichen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Und wenn der Test der extremsten Gruppen des amerikanischen Kapitals, wie weit die Wählermassen des Landes für ihre Pläne schon reif sind, fast 40 Prozent ergab, müssen sie über den Ausgang dieses "Monsterquizes" dann wirklich unglücklich sein?

Trotz offen faschistischem Auftreten Goldwaters haben sich 26 Millionen Amerikaner, bewußt oder unbewußt, dazu hergegeben, mit dem Stimmzettel ein faschistisches Experiment zu unterstützen. D a s und nicht die Mehrheit Johnsons ist die wesentliche Aussage der Präsidentenwahlen in den USA.

Noch klarer als früher wird die Feststellung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 in Moskau, daß die USA das Hauptbollwerk des Imperialismus, die Hauptkraft des Krieges und der Aggression, der Feind Nummer Eins der Menschheit sind. Die Tätigkeit der modernen Revisionisten im allgemeinen und der Chruschtschowgruppe im besonderen hat dazu beigetragen, diese Gefährlichkeit des US-Imperialismus noch zu steigern. Die Lage erfordert dringend die maximale Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und im Bündnis mit den unterdrückten Massen der kolonialen und halbkolonialen Gebiete in der ganzen Welt, um dieser Gefahr Herr zu werden. T. H.

Chinas Atombombe und der Weltfrieden

"Wenn zwei dasselbe tun, ist es noch lange nicht dasselbe", sagt ein altes Sprichwort. In der Tat ist es nicht dasselbe, ob man für Atomexperimente eine unbesiedelte Steppe oder eine Stadt wie Hiroshima oder Nagasaki verwendet. Die beiden amerikanischen "Atomtests" von 1945 am "lebenden Objekt" waren sicherlich aufschlußreicher als der wissenschaftliche Versuch, den jetzt Volkschina unternahm. Seither hat die Welt zwei Jahrzehnte in Angst und Sorge verbracht und am meisten bedroht fühlen mußte sich der potentiell stärkste Gegner des amerikanischen Imperialismus, das chinesische Volk. Es hat sich dennoch nicht davon abhalten lassen, den friedlichen Aufbau seines Landes zu beginnen, während in seiner nächsten Nähe, in Japan, auf Taiwan, in Hongkong, in Korea, in Südvietnam, in "Malaysia" und in Indien der Imperialismus lauerte, den Finger am Abzug der furchtbarsten Waffe, die Menschen je erfunden haben.

FRIEDENSENGEL JOHNSON

"Johnson ist für uns nicht einfach schlechthin der Vertreter der imperialistischen Finanzoligarchie der USA oder auch nur deren 'gemäßigten Flügels', sondern vor allem der Beauftragte der überwältigenden Mehrheit, die für den Frieden gestimmt hat."

Tatsächlich - das steht in der "Volksstimme" vom 5. November 1964, im Zentralorgan der KPÖ. Bedenkt man, daß jene Schreiberlinge, die hier den Mörder zahlloser Frauen und Kinder Nordvietnams geradezu als den neuen "Friedensfürsten" anpreisen, gleichzeitig das sozialistische China der Kriegstreiberei und der Atomkriegslüsternheit beschuldigen, dann - müßte man eigentlich Bescheid wissen.

Aber das chinesische Volk ließ sich weder bei der Befreiung seines Landes noch bei der Errichtung des Sozialismus stören und als das große sowjetische Brudervolk das Atomwaffenmonopol der Imperialisten brach, sodaß auch das Weltproletariat imstande war, sich mit atomaren Waffen zu verteidigen, schien die am meisten kritische Phase überstanden zu sein. Für jeden war es selbstverständlich, daß die Sowjetunion das große China, so wie alle um ihre Freiheit kämpfenden Völker, niemals im Stich lassen würde.

Angesichts der Atomkriegsrüstungen der Imperialisten war die KPdSU unter Führung Stalins nicht nur bereit, im Ernstfall dem chinesischen Volk jede notwendige Hilfe zu gewähren, sondern erkannte auch die unbedingte Notwendigkeit, daß das sozialistische China so bald als möglich in der Lage sein müsse, seine militärische Verteidigungskraft auf den modernsten Stand der Technik zu bringen, um sich selbst gegen jeden Angreifer zur Wehr setzen zu können. So begannen die chinesischen Wissenschaftler, von der Sowjetunion brüderlich unterstützt, 1952 mit der Entwicklung eigener Kernwaffen. In den Jahren 1954 bis 1958 wurden in Fortsetzung dieser Zusammenarbeit mehrere diesbezügliche chinesisch-sowjetische Abkommen geschlossen: der gemeinsame Abbau von Uranerzen, die Errichtung von Atomreaktoren in China und die Entsendung chinesischer Atomforscher zur Ausbildung nach Dubna, dem großen Atomforschungszentrum bei Moskau, an dessen Erhaltung sich China auch finanziell beteiligte. Auch in China selbst ging die Forschung mit Riesenschritten voran.

Während ein bedeutender Teil der chinesischen Kernforschung auf die friedliche Verwendung der Atomkraft gerichtet war, mahnte die wachsende Aggressivität der Imperialisten, auch die Entwicklung der Kernwaffen nicht zu vernachlässigen. Am 15.Oktober 1957 wurde mit der

AUF BREITER FRONT HÄLT DIE MODERNE TECHNIK IN CHINA EINZUG
(Turbo-Generatoren chinesischer Erzeugung)

Sowjetunion ein dementsprechendes Abkommen über die "neue Technik für die nationale Verteidigung" abgeschlossen, das von besonderer Bedeutung zu werden versprach.

Doch der Verrat der modernen Revisionisten, die nach Stalins Tod unter Führung Chruschtschows die Macht in der Sowjetunion an sich gerissen hatten, trat nun immer offener in Erscheinung. Und am 20. Juni 1959, in einer Zeit, als die Atomforschung in China die eindrucksvollsten Fortschritte machte, brach die Chruschtschow-Clique schamlos den Vertrag von 1957, zerriß sie wie einen wertlosen Fetzen Papier das, was sie kaum zwei Jahre zuvor feierlich unterzeichnet hatte.

Die Entwicklung in China konnten die Revisionisten damit nicht aufhalten. Von je her für Technik und Wissenschaft hoch begabt, Erfinder des Papiers, des Pulvers, der Raketen, seit urdenklichen Zeiten in der Porzellan- und Textilmanufaktur tonangebend, erwies sich das chinesische Volk den Anforderungen der neuen Situation in einem Ausmaß gewachsen, das weder Freunde noch Feinde für möglich gehalten hätten. Während in westlichen Zeitungen Nachrichten über "Konsultationen" zwischen amerikanischen Imperialisten und führenden Revisionisten darüber erschienen, wie man den atomwissenschaftlichen Fortschritt Volkschinas bremsen und die Entwicklung chinesischer Atomwaffen verhindern könne, ging die Arbeit in den chinesischen Kernforschungszentren ohne Unterbrechung vorwärts. Es zeigte sich, daß das chinesische Volk auch ohne fremde Hilfe selbst die schwierigsten Aufgaben, die es sich stellte, durchführen konnte.

Die chinesischen Genossen sind immer Untertreiber gewesen: So wie sie heute für die Verwirklichung des Kommunismus nicht wie gewisse Prahlhänse wenige Jahre, sondern mehrere Generationen veranschlagen, so sagten chinesische Sprecher nach 1959 mit ruhiger Sicherheit: "Wir werden Atomwaffen haben, und wenn es hundert Jahre dauern sollte!"

Es hat keine hundert Jahre gedauert.

Heute versuchen sich die Imperialisten damit zu trösten, daß die chinesischen Atomwaffen noch wenig entwickelt seien und die modernen Trägerraketen zu ihrer Beförderung fehlten. Man kann ihnen antworten: Habt Geduld, Leute! Alles das, was notwendig ist, wird da sein - schneller, besser und reichlicher als Ihr glaubt! Und jeder dieser wissenschaftlichen und waffentechnischen Erfolge des sozialistischen China wird ein Sieg der Kräfte des Friedens und des Sozialismus, eine Niederlage der Kräfte des Imperialismus und des Krieges sein.

★

Das von den Seismographen in Japan, in Schweden, in der Sowjetunion und in den USA am Freitag, den 16.Oktober um 8 Uhr MEZ registrierte chinesische Experiment ist völlig programmgemäß verlaufen. Es war kein Massenmord wie in den letzten Tages des Zweiten Weltkriegs in Hiroshima und Nagasaki, es war ein nüchternes wissenschaftliches Experiment, das selbstverständlich und notwendig war unter den heutigen Umständen. Hätte man die so oft wiederholte dringende Forderung Chi-

nas nach dem allseitigen Verbot der Atomwaffen befolgt, so wäre diese Explosion überflüssig geworden und ausgeblieben. Noch am 16. Mai d.J. hat Genosse Tschu En Lai unmißverständlich erklärt: "Falls die Atombomben nicht in der ganzen Welt verboten und vernichtet werden, wird auch China sie eines Tages besitzen!" Jetzt ist es so weit.

Eine wohlorganisierte imperialistische Propaganda - in die auch die österreichische "Volksstimme" mit einem hinterhältigen Artikel einstimmte - hat sich angestrengt bemüht, die Friedensliebe der Völker zu einer Haßkampagne gegen das sozialistische China zu mißbrauchen. Besondere Hoffnungen hat man dabei auf J a p a n gesetzt, das ja den Schrecken der Atomwaffen am eigenen Leib kennengelernt hat. Kennzeichnenderweise aber hat gerade Japan n i c h t getan, was die Imperialisten so sehr erhofften. Es hat damit der Erkenntnis entsprochen, daß nicht das sozialistische China, sondern der amerikanische Imperialismus sein Feind ist. Der Versuch, China als eine drohende Gefahr hinzustellen, findet in Japan "...wenig Widerhall", schrieb kürzlich die "Neue Zürcher Zeitung" (3.10.64) und fügte hinzu: "Es sieht so aus, als hätte sich Japan längst an den Gedanken gewöhnt, daß Peking eines Tages als Nuklearmacht in Erscheinung treten müsse"; die USA und ihre Verbündeten in Japan wollten dem Volk einreden, Japan brauche zu seinem Schutz Untersee-Kreuzer mit Polarisraketen, "d o c h d i e R e a k t i o n d e s V o l k e s k a n n d e r 'z w i n g e n d e n L o g i k' d e r a m e r i k a n i s c h e n S t r a t e g e n n i c h t f o l g e n"!

Mehr noch: das japanische Volk hat zur Selbsthilfe gegriffen und mit Fischkuttern die Hafeneinfahrt von Yokosuka und Sasebo verbarrikadiert, um den amerikanischen Raketen-U-Booten die Landung unmöglich zu machen. In den folgenden Tagen demonstrierten in den japanischen Hafenstädten, der brutal in die Menge schlagenden Polizei zum Trotz, zehn-, zwanzig-, dreißigtausend Menschen gegen die Atomkriegsdrohung der USA. Die US-Imperialisten hatten nach dem chinesischen Atomversuch Demonstrationen in Japan erwartet. Jetzt hatten sie sie - allerdings nicht gegen China.

So zeigte das japanische Volk, das am entschlossensten für das Verbot der Atomwaffen zu kämpfen allen Grund hat, für das chinesische Atomexperiment - den "Verteidigungsakt einer von Imperialisten eingekreisten und bedrohten Nation, der letzten Endes dem Weltfrieden dient", wie die japanischen Kommunisten erklärten - ein bemerkenswertes Verständnis - im angenehmen Gegensatz zu jenen Heuchlern, die salbungsvolle Worte über den "Willen der friedlich gesinnten Menschen in der Welt" fanden und die Verschlechterung der Luft beklagten, statt dem großartigen Beispiel des japanischen Volkes zu folgen und entschlossen für den Abzug der amerikanischen Atomkriegsflotte von der Küste fremder Völker und für das restlose Verbot aller Atomwaffen zu kämpfen.

Wenn der chinesische Kernversuch für die "freie Welt" der Imperialisten und Revisionisten auch ein Schock war - für das chinesische Volk war er ein Siegesböller. Und nicht nur für das chinesische! Eine Stärkung der Verteidigungskraft des volkreichsten sozialistischen Lan-

des der Erde ist unbedingt auch eine Stärkung des gesamten Weltproletariats. Ein atombewaffnetes sozialistisches China wird der amerikanischen Aggressionslust in Asien und anderswo einen erheblichen Dämpfer aufsetzen. In der Tat sind die amerikanischen Imperialisten ja eigentlich erst so richtig ins Fahrwasser forcierter Aggression gekommen, als sie merkten, daß den bedrohten Völkern von Seiten der von Chruschtschow geführten bzw. verführten Sowjetunion kaum eine ernste Hilfe zuteil würde. Mit einer chruschtschowisierten Sowjetunion und einem die moderne Waffentechnik entbehrenden China wäre wahrhaftig ein Zeitalter "blühender" Aggression und lebhaftesten Neo-Kolonialismus angebrochen. Dieser verheerenden Entwicklung hat der geglückte Versuch in Sinkiang ein Ende gesetzt. Deswegen begrüßen wir ihn - als Kommunisten und als Freunde des Weltfriedens.

R.B.

DIE "NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK"

IN DEN VON DEN MODERNEN REVISIONISTEN BEHERRSCHTEN SOZIALISTISCHEN LÄNDERN

In der letzten Zeit hat unsere Parteipresse hintereinander Artikel über weitgehende "Reformen" in der Wirtschaft der sozialistischen Länder veröffentlicht: einen ausführlichen Artikel von Martin Grünberg, dem Zentralsekretär der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft, über "Wirtschaftsexperimente in der Sowjetunion"; einen ebenso ausführlichen Artikel von Erwin Zucker-Schilling anläßlich des 15. Geburtstags der DDR über "Neue Methoden in der Volkswirtschaft" (beide Artikel in "Weg und Ziel" 11/1964 bzw. 10/1964); sowie einen Artikel von Leopold Grünwald in der "Volksstimme" vom 3. November 1964 mit dem Titel "CSSR: ein neues Konzept", der sich auf die vom ZK der tschechoslowakischen KP veröffentlichten "Grundsätze für die neuen Methoden der planwirtschaftlichen Lenkung" stützt.

In ihren entscheidenden Grundzügen deckt sich der Inhalt dieser drei Artikel, obwohl sie sich mit drei verschiedenen Ländern befassen. Über die konkreten Angaben, die sich jeweils auf das betreffende Land beziehen, hinaus, geben sie ein Bild von einer Entwicklung, die schon seit längerer Zeit - in der Sowjetunion laut Grünberg seit 1960 - offenbar in allen unter die Führung der Revisionisten geratenen sozialistischen Ländern vor sich geht. "In fast allen sozialistischen Ländern beschäftigt man sich mit der Überprüfung der dort bisher üblichen Formen und Methoden der Planung der Volkswirtschaft", heißt es bei Zucker-Schilling.

Wenn man von den Details absieht, ergibt sich aus den drei Artikeln als wesentliches Gesamtbild tatsächlich ein "Neues Konzept" (Grünwald) oder ein "Neues System" (Zucker-Schilling) der Wirtschaftspolitik in den von den Revisionisten beherrschten sozialistischen Ländern, dessen Grundzüge man etwa wie folgt zusammenfassen kann:

Ausrichtung auf zunehmende VERSELBSTÄNDIGUNG DER EINZELNEN BETRIEBE, freier Spielraum für KONKURRENZ, und PREISBILDUNG AUF GRUND VON ANGEBOT UND NACHFRAGE. Das Prinzip der RENTABILI-

TÄT und des GEWINNES jedes einzelnen Betriebes - wobei, wie Grünberg besonders hervorhebt, es sich bei diesem Gewinn nicht um den früher in der Sowjetwirtschaft verwendeten Begriff handelt, sondern um einen neuen, anderen Begriff, "um einen nach wirtschaftlichen Grundsätzen errechneten Gewinn" (Grünberg) - wird jetzt zum Hauptgradmesser der wirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe gemacht.

"Belegschaft und Betriebsleitungen", schreibt Grünberg in bezug auf die Sowjetunion, "sollen an der Erhöhung der Rentabilität und des Gewinnes des Betriebes materiell stark interessiert werden und die Selbständigkeit der Betriebsdirektoren muß bedeutend erweitert werden". Für die DDR drückt das gleiche Zucker-Schilling mit den Worten aus, daß "die materielle Interessiertheit vom Arbeiter bis zum Generaldirektor" zum entscheidenden ökonomischen Hebel wird.

In der verklausulierten Sprache der modernen Revisionisten wird die in den von ihnen beherrschten Ländern betriebene Veränderung des wichtigsten Momentes der Wirtschaftsführung, das Kapitalismus von Sozialismus trennt und unterscheidet - nämlich ob die Wirtschaft von einem sozialistischen Staat planmäßig gelenkt wird, oder ob der Ablauf des Wirtschaftsgeschehens mehr oder weniger dem dann notwendigerweise anarchischen Spiel der Konkurrenz, von Angebot und Nachfrage überantwortet wird - mit folgenden Worten Grünbergs zum Ausdruck gebracht:

Im Mittelpunkt der seit etwa 5 Jahren in der Wirtschaft der Sowjetunion durchgeführten Experimente steht "der Versuch, solche ökonomische Hebel zu finden, die es ermöglichen sollen, nicht durch administrative Maßnahmen, sondern durch in hohem Maße selbsttätig wirkende ökonomische Faktoren einen maximalen Effekt in der Produktion zu erzielen".

Für die DDR umschreibt Zucker-Schilling dieselbe Absicht folgendermaßen: Man suche "ein geschlossenes System ökonomischer Hebel, das an die Stelle der noch heute vorherrschenden administrativen Art der Leitung tritt, was durch Anwendung kollektiver und persönlicher Faktoren materieller Interessiertheit erreicht werden soll."

Über die DDR heißt es hier: "Ein Großteil der Aufgaben, die bisher von verschiedenen zentralen (d.h. staatlichen! Anmkg.) Instanzen wahrgenommen wurden, so Planung, Finanzierung, Kontrolle der Wirtschaftlichkeit, Entwicklung der Forschung, Studium der Marktlage, Pflege des Exportes usw., fallen nun in den Aufgabenkreis der VVB" (d.h. der Vereinigung der einzelnen Industriezweige!)..."Die Leitungstätigkeit der VVB soll aber nicht auf administrativen Prinzipien beruhen, sondern auf ökonomischen...Man ist entschlossen, das neue System in allen Zweigen der Wirtschaft, auch in der Landwirtschaft, im Transportwesen und im Binnen- und Außenhandel anzuwenden...auch in einem sozialistischen Staat mit zentraler Lenkung und Planung der Wirtschaft gibt es die Möglichkeit, Marktwirtschaft zu praktizieren... man versucht in der DDR, Plan- und Marktwirtschaft zu konstruktiver Ergänzung zu bringen."

Über die "Wirtschaftsexperimente" in der Sowjetunion schreibt Grünberg: "Beim derzeitigen System der Planung ist der Direktor eines Betriebes in vieler Hinsicht seiner notwendigen Selbständigkeit beraubt". Und um es noch klarer zu machen, welche Art der Selbständigkeit gemeint ist, führt Grünberg aus, daß der Betriebsdirektor bisher bezüglich der Ände-

rung der Preise, einer Erhöhung der Selbstkosten eines Produkts oder der Aufnahme eines Bankkredites nicht selbständig handeln konnte. Den Betriebsdirektoren eine solche Selbständigkeit zu geben, ist nach Meinung der Revisionisten dringend notwendig.

Wenn Grünberg zusammenfassend behauptet, daß der in der Sowjetunion vorgeschlagene und in einzelnen Experimenten schon verwirklichte Wandel in der Wirtschaftspolitik "zwar die Berücksichtigung bestimmter positiver Erfahrungen kapitalistischer Industriebetriebe mit sich bringt, aber keinesfalls eine Rückkehr zum kapitalistischen System bedeutet", so ist er den Beweis für das letztere nicht nur schuldig geblieben, sondern bestätigt durch die von ihm mitgeteilten Tatsachen selber, daß es sich hier tatsächlich um ernste Schritte auf dem Wege der Rückkehr zum Kapitalismus handelt.

Die Ähnlichkeiten in der Begründung und in der Natur der vorgesehenen und in Durchführung befindlichen Veränderungen im Vergleich zu dem, was schon vor Jahren von der Tito-Clique in Jugoslawien vorgebracht und durchgeführt wurde, um die kapitalistische Wirtschaft in Jugoslawien zu restaurieren, sind zu offensichtlich, um übersehen werden zu können. Wenn die Revisionisten heute für die Sowjetunion, für die DDR und für die anderen betroffenen Länder erklären, daß an die Stelle der von ihnen so genannten "administrativen", d.h. staatlichen Leitung der Wirtschaft "neue ökonomische Hebel" treten müßten, die im wesentlichen aus solchen Faktoren wie Verselbständigung der Betriebe, Selbständigkeit der Betriebsdirektoren, stark erhöhtem "materiellem Anreiz" als wichtigste Triebkraft zur Erhöhung der Gewinne der einzelnen Betriebe, Zulassung der Konkurrenz mit freier Preisbildung nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage und Herausbildung einer freien Marktwirtschaft "neben" der Planwirtschaft bestehen - so sind das im Grunde die gleichen ökonomischen "Entdekkungen", mittels derer Jugoslawien wieder in ein Land der kapitalistischen Ausbeutung verwandelt wurde.

Es ist ein alter Trick aller Demagogen, tatsächlich bestehende Mängel und Schwierigkeiten als Vorwand für die Verwirklichung ihrer dunklen Ziele zu benützen. Nach diesem Rezept gehen auch die modernen Revisionisten vor. Bestehende Mängel, Unzulänglichkeiten und bürokratische Auswüchse in der Wirtschaft ihrer sozialistischen Länder wollen sich die Revisionisten zunutze machen, um das ganze System der sozialistischen Wirtschaft Schritt für Schritt zu beseitigen.

Für die Marxisten-Leninisten ist es von eminenter Bedeutung, die Entwicklung der Wirtschaftspolitik in den von den Revisionisten beherrschten sozialistischen Ländern genau und aufmerksam zu verfolgen, um die notwendigen richtigen Schlußfolgerungen zur Verteidigung der Grundprinzipien des Marxismus-Leninismus beim sozialistischen Aufbau, zur Erhaltung der in jahrzehntelangen opferreichen Kämpfe und Anstrengungen der Völker der sozialistischen Länder erreichten Errungenschaften, zur Entlarvung der Machenschaften der modernen Revisionisten und für eine klare Orientierung im Kampf gegen diese Machenschaften zu ziehen. W.F.

WIR BITTEN UM ZUSENDUNG DER ADRESSEN
VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

KOMMENTARE zum Sturz Chruschtschows

WIE ES DER ENGLISCHE "ECONOMIST" SIEHT:

Der "Economist" ist das führende Blatt des englischen Finanzkapitals und sieht die Dinge natürlich vom Standpunkt der Interessen des britischen Imperialismus, eines extremen Feindes nicht nur der Kommunisten, sondern aller nach Freiheit, Unabhängigkeit und Sozialismus strebenden Völker und Kräfte. Gerade das macht seine Stellungnahme - wir zitieren die Ausgabe vom 24.Oktober 1964 - aber so überaus aufschlußreich, umsomehr als sie nicht der Agitation unter den Massen, sondern der "Selbstverständigung" der Großbourgeoisie dient.

"Ein Augenblick der Einsicht kam für Herrn Chruschtschow im September 1959, als sich seinen Augen die wogenden Kornfelder und glitzernden Supermarkets - und die grundsätzliche Freundschaftlichkeit - Amerikas eröffneten... Nachdem er sich 1959 dafür entschieden hatte, daß Amerika nicht der Gegner war, den man mit dem ernsten Risiko eines Atomkriegs schlagen mußte, fand es Chruschtschow für notwendig, sich von China zu trennen... Dieser Entschluß führte ihn Schritt für Schritt zu dem Treffen der KPen, das er im Dezember in Moskau abhalten wollte und dessen Ergebnis sicherlich der endgültige Bruch von Rußlands Verbindungen mit dem größten kommunistischen Land der Welt gewesen wäre (wie Peking sagte), um die Verbindungen mit dem größten kapitalistischen Land aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus hat sein Vorreiter, Herr Adshubej, in Bonn auf einen Wechsel in Moskaus Ostdeutschland-Politik angespielt... All das wäre einer Wasserscheide in der Geschichte der Sowjetunion gleichgekommen. Herr Chruschtschow selbst war bereit, sie zu überschreiten - seine Kollegen waren es nicht...

Innerhalb dieses Kollektivs von Männern, die nun Rußland regieren, sind viele (wie Mikojan), die freudigst Chruschtschow beinahe bis zum Rand des Bruches mit China gefolgt sind, und andere (wie Suslow), die ihre Füße den Weg entlang schleppten. Das Herausarbeiten einer gemeinsamen Linie wird weder rasch noch leicht sein... Aus all diesen Gründen wird die erste instinktive Regung der Herren Breshnew und Kossygin und der übrigen voraussichtlich das Beibehalten des Prinzips der Koexistenz sein, aber die Auslegung des Wortes, besonders in jenen Punkten, wo unter Chruschtschow die Ko-Existenz nahezu etwas wie Ko-operation mit dem Westen bedeutet hat, zu verwischen. Den Atomtestvertrag, der eine erste Form der atomaren Zusammenarbeit mit Amerika war, haben sie bereits aus der Litanei der Parolen, die für den Jahrestag der Oktoberrevolution vorbereitet wurden, gestrichen. Voraussichtlich werden sie das Gespräch mit Westdeutschland, das mit Herrn Adshubejs Besuch in Bonn im Juli begonnen hat und das von Chruschtschow im Jänner fortgesetzt werden sollte, aufschieben... Sie mögen sich auch bemüßigt fühlen, das Gentleman-Übereinkommen, auf Grund dessen Rußland und der Westen zusammenarbeiten, um Indien gegen China zu schützen, einer Überprüfung zu unterziehen...

Und doch - das ist das wichtigste - obgleich die Oberfläche der russischen Politik zweifellos eine Zeitlang eingefroren sein wird, wissen wir jetzt, wie stark die Strömungen unterhalb der Oberfläche sind. Die wesentlich-

ste Lehre von Chruschtschows Fall ist der Beweis, daß er tatsächlich das getan hat, was nur die Hoffnungsvollsten von uns gewagt haben zu vermuten...

Was bedeutet das alles für das nächste Stadium der westlichen Politik gegenüber Rußland? Sicherlich wird es zunächst eine zeitweilige Periode nervösen Zögerns auf Seiten Breshnews und der übrigen geben, da sie zwischen den beiden Richtungen, die ihnen offen stehen, schwanken werden. Während dieser Periode wird es die offenbar vernünftigste Safety-first-Politik der westlichen Länder sein, ihre Meinungsverschiedenheiten zu verbergen, bis sie wissen, in welche Richtung die kollektive Katze in Moskau springt...Insbesondere ist jetzt nicht die Zeit für einen größeren angloamerikanischen Streit über die Beziehungen Englands zu der beabsichtigten gemischt bemannten NATO-Atomflotte. Es gibt bereits Zeichen, daß die Labour Party ihre frühere scharfe Zurückweisung dieses Projekts zu ändern im Begriffe ist...So lange Chruschtschow an der Macht war, war es ziemlich sicher, daß er seine ganze Koexistenzpolitik nicht einfach wegen seiner Abneigung zur gemischt-bemannten Atomflotte aufgeben werde. Bei den neuen Führern in Moskau geht diese Rechnung nicht so sicher auf; ein bißchen mehr vorhergehende Rekognoszierung mag erforderlich sein.

Es gibt noch andere Gebiete der Politik, bei denen etwas mehr Vorsicht geboten erscheinen mag...Die Überlegungen, was nächstens in Vietnam zu tun sei, oder wie man im Indischen Ozean weiter Wache halten soll, werden um einiges schwieriger...Das Hauptziel der westlichen Politik sollte darin bestehen, sich zu vergewissern, daß Rußlands Gewicht nicht auf der falschen Seite der Waage der Macht dem Gewicht Chinas hinzugefügt wird.. Es ist garnicht notwendig, daß man in der Richtung 'Rußland wechselt seine Verbündeten' denkt. Es würde vollauf genügen, wenn es einen Mittelweg nimmt zwischen einem revolutionären China und einem -hoffentlich - großzügig hilfespendenden und reformierenden Westen...Es steht dem Westen noch frei, mit den neuen Männern in Moskau den Versuch wiederaufzunehmen, Rußland zu dem Punkt zurückzulocken, bis zu dem es Chruschtschow gebracht hatte. Zum Beispiel würde sich rentieren zu überlegen, welche Folgen es hätte, wenn man bestrebt wäre, den Vertrag über das Atomtestverbot hinsichtlich der Versuche unter der Erde zu erweitern. Eine ganze Reihe westlicher Wissenschaftler sind der Ansicht, daß man diesen Vorschlag derzeit unterbreiten kann. Es würde sicherlich auch nicht schaden, wenn man Chruschtschows Nachfolger (sobald man weiß, wer es wirklich ist) einladen würde, die gleiche Entdeckungstour durch Amerika zu machen wie Chruschtschow im Jahre 1959.

Chruschtschows Sturz hat einen Augenblick lang alles neu erscheinen lassen. In Wirklichkeit haben sich nur die Teilchen des Musters ein wenig geändert. Der Westen hat keinen Grund, sein Ziel, seine Hoffnungen, seine Verteidigung und sein Streben zu ändern, solange er sich darüber im Klaren bleibt, wie er wünscht, daß sich Rußland entwickle und demgemäß handelt. Die Dinge müssen nicht zerfallen; der Kern mag halten."

DIE ANSICHT FÜHRENDER JAPANISCHER KOMMUNISTEN:

Am 16.Oktober, unmittelbar nach dem Sturz Chruschtschows, nahm Genosse M i y a m o t o , der Generalsekretär der KP Japans, in einer Pressekonferenz zu den Ereignissen Stellung. Wir bringen das Interview gekürzt.

FRAGE: Was halten Sie von der Abdankung Chruschtschows?

ANTWORT: Wir halten die in solcher Art vollzogene Abdankung für ein Ereignis von größter Bedeutung, das die Widersprüche in der Politik der sowjetischen Führerschaft entschleiert...

FRAGE: Es sieht so aus, als ob es keine größeren Änderungen in der Linie geben würde, da die Nachfolger von Chruschtschow Leute seines engsten Gefolges sind. Was denken Sie?

ANTWORT: Ich glaube, daß man in dieser Frage nicht urteilen kann, ohne die weiteren Entwicklungen abzuwarten... Die Absetzung Chruschtschows ist ein klares Anzeichen von Bankrott. Wie es sich aber weiter entwickeln wird, das muß man abwarten und beobachten. Entweder es handelt sich um behelfsmäßige Änderungen, um mit der gegenwärtigen Situation fertigzuwerden, oder es ist eine Wendung, ein Schritt zur grundlegenden Überprüfung der Haltung. Der Einfluß des antirevisionistischen Kampfes und andere Faktoren werden in diesen Fragen fühlbar sein.

FRAGE: Sie sprachen von Bankrott. Auf welche Fragen bezieht sich das?

ANTWORT: Es kann gesagt werden, daß die von der Führung der KPdSU unter der Leitung Chruschtschows durchgeführte Linie in bezug auf die internationale kommunistische Bewegung auf äußerst ernste Schwierigkeiten gestoßen ist. Wir halten das für das Hauptproblem. Natürlich gibt es auch noch andere, sowohl interne als auch außenpolitische Probleme.. Die Fragen, die uns direkt betreffen, sind Fragen der internationalen kommunistischen Bewegung. Wir selbst sind eine Partei, die von den Polemiken der sowjetischen Führung betroffen war. Wir haben sie in allen Einzelheiten zurückgewiesen und zeigen auf, wo und warum sie unrecht haben. Höchst fragwürdig war auch die Art und Weise, in der sie die internationale Konferenz einberiefen; den Bruderparteien gegenüber wurde eine chauvinistische Großmacht-Haltung eingenommen, besonders weil verschiedene Parteien, einschließlich der unseren, nicht blindlings und kritiklos gefolgt sind. Sie haben sogar offen versucht, unsere Partei zu zerreißen. Eine solche, dem ABC der internationalen kommunistischen Bewegung widersprechende Haltung hätte eine wirklich kommunistische Partei nicht einnehmen dürfen. Solche Unvernunft kann nicht ewig weitergehen und der Tag kommt, wo man sich in einer ausweglosen Lage befindet. Diese Situation äußert sich in verschiedenen Formen. Gegenwärtig in Form von Widersprüchen im leitenden Organ und im Wechsel des Spitzenfunktionärs.

FRAGE: Kann man sagen, daß jetzt schon Hoffnung besteht, daß sich die internen Differenzen in der internationalen kommunistischen Bewegung entspannen werden?

ANTWORT: Es könnte allzu optimistisch sein, das jetzt schon zu sagen. Die Führer der Partei eines Landes haben lange Zeit sehr hartnäckig ihre fehlerhafte Politik betrieben. Aber sicher wird die Tatsache, daß der frühere Steuermann nicht mehr länger das Ruder führen darf, große Wirkung auf ihre zukünftige Linie haben.

Wir können die Dinge nicht so darstellen, als seien die schwierigsten Prob-

leme im Kampf zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus mehr oder minder überwunden. Die Politik des leitenden Organs einer Partei wird durch einen bestimmten historischen Prozeß und durch ein bestimmtes System geformt. Begangene Fehler können nicht dadurch als korrigiert und öffentlich beigelegt betrachtet werden, nur weil der Kern des leitenden Organs ausgetauscht wurde. Aber man kann sagen, daß die Schwierigkeiten, mit denen die falsche, revisionistische Linie kämpft, Schwierigkeiten auf dem Weg zur Niederlage innerhalb der kommunistischen Bewegung sind.

FRAGE: Manche Leute sagen, daß der Sturz Chruschtschows die USA am härtesten getroffen hat. Was glauben Sie?

ANTWORT: Vom Standpunkt der Führer der USA, insbesondere Kennedys und Johnsons, war Chruschtschow ein gefügiger Verhandlungspartner. Sie dachten, daß sich die angloamerikanisch-sowjetischen Beziehungen für den Imperialismus hätten recht vorteilhaft entwickeln können, wenn sie weiter mit Chruschtschow hätten verhandeln können. Daher wird seine Absetzung für die Imperialisten einige Schwierigkeiten mit sich bringen, bei der Durchführung ihrer Linie, sozialistische Länder zu einer grundsatzlosen Politik der Kompromisse zu drängen. Doch die Führer der KPdSU haben bis jetzt noch nicht gezeigt, daß sie ihre Linie gründlich ändern wollen. Das einzige Anzeichen ist bisher Chruschtschows Abdankung. Im Augenblick kann man daher noch nicht sagen, ob ein grundlegender Umschwung in der Haltung der Sowjetunion eintreten wird. Wir selbst müssen bei der Linie des kompromißlosen Kampfes gegen den Imperialismus bleiben und den konkreten Kampf gegen die Kriegs- und Aggressionsgefahren fortsetzen. Das ist von größter Wichtigkeit.

●

Am 25. Oktober 1964 veröffentlichte das Zentralorgan der KP Japans "Akahata" ein Presse-Interview von Genossen T. D o k i , Mitglied des Sekretariats des ZK der Partei, in dem es unter anderem heißt:

FRAGE: Die Sowjetregierung erklärte, daß Chruschtschows Abdankung eine Folge seines vorgeschrittenen Alters und seiner sich verschlechternden Gesundheit war. Nach späteren Berichten zu schließen, scheinen die Gründe etwas anders zu sein. Was ist die Wahrheit?

ANTWORT: Die Meinung, daß die offizielle Erklärung nicht die wahren Gründe der Abdankung angegeben hat, ist allgemein... Es scheint nahezu sicher, daß die Verurteilung in der Abwesenheit Chruschtschows erfolgte und daß er gezwungen war, abzudanken. Manche Beobachter glauben, daß es nicht einfach eine Absetzung vom Amt des Premiers oder des Ersten Sekretärs, sondern eine Art von friedlichem "Coup d'Etat" war. Diese Ansicht könnte richtig sein.

FRAGE: Was sind die Gründe der Anwendung einer solchen Methode, um Chruschtschow zur Abdankung zu zwingen?

ANTWORT: Aus dem Leitartikel der "Prawda", der gleich nach der Amtsenthebung Chruschtschows veröffentlicht wurde, kann man alle Arten von Unzulänglichkeiten erfahren, die in Chruschtschows Führungsmethoden bestanden. Aber unsere Partei ist der Ansicht, daß sein Abgang eine Manifestation der Tatsache war, daß die fehlerhafte Linie der KPdSU-Führung unter der Leitung von Chruschtschow gegen eine Steinmauer gerannt war. Wir sprechen von einer revisionistischen Linie. Wir haben unseren Widerstand gegen sie ausgesprochen und haben sie abgelehnt. Wir sind der Meinung, daß diese Pra-

xis der KPdSU-Führung zu vielen Schwierigkeiten interner Natur und auf internationaler Ebene geführt und einen Punkt erreicht hatte, von dem aus es keinen anderen Ausweg mehr gab als einen Wechsel des obersten Führers.

FRAGE: Die Presse und das Fernsehen machen alle Arten von Voraussagen. Man sagt auch, daß die Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion in der Folge der Absetzung von Chruschtschow verbessert werden könnten, während andere das verneinen. Wie steht es damit?

ANTWORT: Meiner Ansicht nach gibt es Gründe zur Annahme, daß Änderungen eintreten können. Es ist wahr, daß Chruschtschow in der revisionistischen Politik der KPdSU-Führung die ganze Zeit hindurch eine enorme Rolle gespielt hat, aber niemand darf glauben, daß er allein der Grund für die Verschlechterung der Beziehungen zu China war. Es wäre unrealistisch, anzunehmen, daß die so lange vertretene revisionistische Linie einfach durch die Entlassung ihres Hauptvertreters korrigiert werden könnte.

Parteileben - Aus dem Parteileben - Aus dem Parteileben

An das
Zentralkomitee der KPdSU
M o s k a u

BRIEFTELEGRAMM

Wien, 27.10.1964

Im Namen der Marxisten-Leninisten in der KPÖ erklären wir:

Die derzeit in der UdSSR weilende, aus Fürnberg, Muhri und Scharf bestehende Gruppe von Funktionären der KPÖ hat nicht das Recht, im Namen der ganzen Kommunistischen Partei Österreichs zu sprechen. Sie stellt auch keine Delegation des Zentralkomitees der KPÖ dar, da sowohl der Beschluß, eine Delegation nach Moskau zu entsenden, als auch der Beschluß über ihre Zusammensetzung ohne Befragen des Zentralkomitees autoritär gefaßt und durchgeführt wurde. Die Partei wurde über die Zusammensetzung der Delegation erst nach deren Abreise informiert. Wir bitten daher, zur Kenntnis zu nehmen:

a) Fürnberg, Muhri und Scharf vertreten nicht die KPÖ und auch nicht deren Zentralkomitee, sondern lediglich die offen revisionistische Gruppe innerhalb der Parteiführung.

b) Sie sind nicht dazu qualifiziert, der KPdSU ein objektives Bild über die Lage in der KPÖ sowie über die Auffassungen, Standpunkte und Wünsche der Masse der Parteimitglieder und Funktionäre zu geben.

c) Sie bieten keinerlei Gewähr für eine wahrheitsgetreue Berichterstattung über die Informationen und Erklärungen, die sie von Seiten der KPdSU erhalten und die sie an die KPÖ weitergeben sollten.

Redaktion "ROTE FAHNE"

ANMERKUNG DER REDAKTION: Wir hatten ursprünglich nicht die Absicht, die Absendung und den Text des obenstehenden Telegramms öffentlich mitzuteilen. Es ging uns vielmehr darum, den sowjetischen Genossen gegen-

über klarzustellen, daß bei weitem nicht alle österreichischen Kommunisten so pathologische Verehrer Chruschtschows und seiner revisionistischen Politik sind wie Fürnberg, Muhri und Scharf. Erwartungsgemäß haben die sowjetischen Genossen mit ihnen über das Telegramm gesprochen. Was wir dagegen nicht erwarteten, ist der Umstand, daß die Revisionisten nach ihrer Rückkehr in den Berichtsversammlungen unser Telegramm nicht nur zum Gegenstand einer Polemik machen, sondern über seinen Inhalt Märchen erzählen würden. Eben das macht nun die Veröffentlichung des Textes notwendig.

*

EINE AUSGEZEICHNETE AKTIVISTENKONFERENZ IN ST. PÖLTEN

Am 6. November 1964 fand in St. Pölten eine Aktivistenkonferenz der Partei statt. Auf Grund der interessanten Tagesordnung "Ergebnis der Landtagswahlen" und "Bericht über die ZK-Delegation nach Moskau", war der Besuch sehr gut. Referent war Genosse Dubovsky.

Leider war der Bericht , den "Dub" zu den beiden Tagesordnungspunkten gab, überaus allgemein und vorsichtig und ergab wenig Neues. Erfreulich war, daß er auf alle antichinesischen und antialbanischen Ausfälle verzichtete und sogar auch die "Rote Fahne" verhältnismäßig "human" behandelte, die sich im Bezirk St. Pölten großer Verbreitung erfreut. Die Betonung, die der Referent auf die neuen, besseren Möglichkeiten zur Wiederherstellung der Einheit des sozialistischen Lagers legte, erbrachte den indirekten Beweis, daß nicht die Marxisten-Leninisten, sondern Chruschtschow eine Politik der Spaltung betrieben hatte, denn andernfalls könnte seine Beseitigung die Einheitsaussichten ja nicht verbessern.

Unbestreitbarer Höhepunkt und Hauptinhalt der Konferenz war die Diskussion, an der sich etwa ein Dutzend Genossen beteiligte. Diskussionsgegenstand war die Frage Chruschtschow im allgemeinen, die mangelnde Wahrheitsliebe und Ehrlichkeit der Parteiführung und der Parteipresse gegenüber den Parteimitgliedern im besonderen. Die große Mehrheit der Diskussionsredner trat scharf kritisch auf. Chruschtschow und seine Politik wurden einer vernichtenden Kritik unterzogen.

Schon beim zweiten Redner ging es los: Wie sollen uns die Leute glauben, wenn es einmal so und dann wieder anders heißt? Oder wenn die "Volksstimme" überhaupt schweigt, während alle andern Zeitungen voll sind! Die "Volksstimme" müßte doch einen Korrespondenten in Moskau finden können, der sie unterrichtet! (Es ist zwar ein Stern dort, der ist aber anscheinend kein Star, Anmerkung der Red.)

Ein anderer Genosse zählte in eindrucksvoller Weise das ganze erschütternde Sündenregister Chruschtschows auf, von der hemmungslosen Beschimpfung des früher von ihm selbst verherrlichten Genossen Stalin bis zu den unter dem Schlagwort der "friedlichen Koexistenz" betriebenen außenpolitischen Ungeheuerlichkeiten, vom Papstbesuch des Schwiegersohns bis zu seinen Feindseligkeiten gegen die chinesische Volksrepublik. In bezug auf die österreichische Partei forderte der Redner die Aufhebung aller Maßregelungen und Ausschlüsse, die Chruschtschows Politik zuliebe erfolgten.

Als Vertreter der chruschtschowtreuen Minderheit sprach sodann der bekannte Genosse Klaus aus Traismauer. Als er die gefällige Form der "Roten Fahne" - die er eifrig liest - bedauerte und fragte, woher sie ihr schönes

weißes Papier habe, löste ein Genosse mit dem fröhlichen Zwischenruf "Natürlich von den Chinesen!" stürmisches Gelächter aus. Klaus, der auch andere Zwischenrufe provozierte, sodaß ihm ein Genosse mit der Bitte "So laßt den Bibelforscher doch reden!" an die Seite trat, erhielt keinen Beifall - im Gegensatz zu den Diskussionsrednern, die kritisch und revolutionär auftraten.

Viel Beachtung fand ein Diskussionsbeitrag des Genossen Mandl aus Pottenbrunn, der mitteilte, daß er dort an Genossen, die aus der Partei ausgetreten sind oder sich aus dem Parteileben zurückgezogen haben, weil sie unzufrieden sind, seit einiger Zeit regelmäßig "Rote Fahnen" verkauft. Die Genossen wurden dadurch wieder politisiert, schöpften neue Hoffnung und unterstützten die Partei gemäß dem Wahlaufruf der "Roten Fahne" auch bei den Wahlen. Dies mag - wie Genosse Mandl erklärte - dazu beigetragen haben, daß Pottenbrunn bei den Wahlen außer Herzogenburg als einzige Organisation einen Stimmengewinn zu verzeichnen hatte (20 Prozent!). Auch in Wien hätte die Zulassung der KPÖ zu Radio und Fernsehen die beiden Landtagsmandate nicht retten können, wenn die "Rote Fahne" nicht zur Wahl aufgerufen hätte oder auch nur das Redaktionskollektiv nicht gewählt hätte.

Weitere Diskussionsredner kritisierten die unehrliche Berichterstattung der Parteipresse, die Großmäuligkeit Chruschtschows, die Hetze gegen Volkschina und das sozialistische Albanien, die Maßregelungen gegen antirevisionistische Genossen u.a. Starken Beifall erntete Genosse Mandl, als er von seinem Besuch in Albanien sprach und den Grundsatz der albanischen Genossen, daß man dem Volk die Wahrheit sagen muß, weil früher oder später ja doch alles an den Tag kommt, auch unserer Parteiführung empfahl. Zuletzt sprach ein Genosse über die neue Kirchenpolitik der "Volksstimme", deutete auf das Leninbild und zitierte Marx und Lenin, daß Religion Opium des Volkes ist. Er faßte zusammen, daß die "Rote Fahne" in entscheidenden Fragen offenbar recht hatte.

Im Schlußwort legte Genosse Dubovsky Wert auf die Feststellung, daß - entgegen anderslautenden Behauptungen - Genosse Mandl nie "auf der Abschußliste stand". Die bereits ausgeschlossenen Genossen aber müßten sich sehr anstrengen, um das "Vertrauen der Partei" wiederzugewinnen. Trotzdem würde immer ein Stachel zurückbleiben.

Es scheint, daß Genossen Dubovsky auch diese unmißverständliche Aktivistenkonferenz nicht klargemacht hat, daß es an der Zeit ist, die Brillen Chruschtschows abzulegen und die Wahrheit wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

AN UNSERE LESER!

Angesichts der den rasch steigenden Anforderungen schon nicht mehr voll entsprechenden technischen Einrichtungen war es uns nach Herausgabe der 24-seitigen Sondernummer und dem Abdruck anderer Materialien nicht möglich, unseren normalen halbmonatlichen Erscheinungstermin einzuhalten. Wir haben daher die Nummern 24 und 25 der "Roten Fahne" (15. November und 1. Dezember) zu der vorliegenden vierzigseitigen Doppelnummer zusammengezogen und bitten unsere Leser dafür um Verständnis. Die nächste Nummer erscheint wieder wie üblich um die Monatsmitte.

DIE REDAKTION

DAS EINGEFRORENE POSTHORN CHRUSCHTSCHOWS

"Die meisten Menschen schwindeln sich mit kleinen und manchmal auch mit großen Lügen durchs Leben", schrieb der verhinderte Chefredakteur der "Volksstimme", Leopold Spira, am 25. Oktober d.J. in dieser Zeitung. Daß er selbst, der sich im engeren Kreis gerne zu dem Motto bekennt, daß "in der Politik und in der Liebe alles erlaubt" sei, zu jener Kategorie von Menschen gehört, die eher zu den großen Lügen neigen, demonstrierte er mit dem Vortrag, den er am 16. Oktober d.J. in Steyr hielt.

Eigentlich war "Die internationale Lage und die ideologischen Meinungsverschiedenheiten" das Thema und als Referent für den "heißen" Steyrer Boden war Franz Marek angekündigt. Doch zufällig fiel die Versammlung gerade auf den Tag nach dem Sturz Chruschtschows, was mehrere Folgen hatte: a) der angesagte Referent blieb daheim und schickte lieber Poldi Spira, b) es kamen mehr Genossen als erwartet, da sie Auskunft über die Ereignisse in der Sowjetunion zu erhalten hofften, und c) der Referent-Stellvertreter war in einer derartigen Panikstimmung, daß er alles Maß verlor und sich in einer schamlosen Hetze gegen Volkschina, wie sie so borniert heute nicht einmal mehr die bürgerliche Presse verwendet, zu retten suchte.

Während die Genossen gekommen waren, um Näheres über den Sturz von Chruschtschow und über die neuen Entwicklungen in der Sowjetunion zu erfahren, wehrte Spira alle solchen Fragen mit einer Handbewegung ab und versuchte, sein ganzes Referat der Glaubwürdigmachung einer These zu widmen: daß die chinesischen Kommunisten einen atomaren Weltkrieg wünschen! Nach bekannter Manier verwendete er dabei eine Reihe völlig aus dem Zusammenhang gerissener und außerdem noch von ihm persönlich "frisierter" Zitate chinesischer Marxisten, versäumte es aber auch nicht, die Aussagen bürgerlicher Antikommunisten in einer Art zu zitieren, als stünde deren Wahrheitsliebe außer jeder Diskussion. Schon bei den aus chinesischen Quellen genommenen Zitatfragmenten riß einigen Genossen, welche die ganzen Zitate kannten, die Geduld und ihre stürmischen Rufe "Weiterlesen!", "Das ganze Zitat!", "Lies doch den ganzen Absatz!" zwangen Spira in einigen Fällen, das zu tun, worauf alles plötzlich ganz anders aussah.

War Spira schon während seiner demagogischen Hetzrede gegen die KP Chinas von vielen treffenden Zwischenrufen bloßgestellt worden, so wurde er in der Diskussion noch überzeugender widerlegt. Sogar Genossen, die ideologisch auf Seite der Revisionisten stehen, verwahrten sich gegen die Methode, mit dem "Kurier" in der Hand gegen ein sozialistisches Land Sturm zu laufen und die bürgerliche Presse wie die Bibel zu zitieren. Starke Zustimmung fand ein Diskussionsredner, der die antichinesische Hetze des Referenten der revisionistischen Katzbuckelei vor dem amerikanischen Imperialismus gegenüberstellte und unter Hinweis auf das durch alle Zeitungen gegangene Bild der südvietnamesischen Mutter, die ihr von amerikanischem Napalm verbranntes Kind in den Armen hält, dem Spira zurief: "Sag das doch dieser Mutter, daß die USA friedlich sind, aber die chinesischen Kommunisten den Weltkrieg wollen!" Welche entsetzliche Schädlingsarbeit Leute wie Spira leisten, zeigte auch ein Diskussionsbeitrag eines älteren Genossen, eines einfachen Menschen, der sich nach all dem, was man ihm im Lauf der Zeit erzählt hat, einfach nicht mehr auskennt. Ich versteh nicht das ganze Hin und Her, sagte er gequält, um dann seine Stimme zu erheben und auszustoßen: "Ich weiß nur eins, ich will keinen Atomkrieg!" Haargenau das ist die Gei-

stesverfassung, welche die Spiras brauchen und die sie mit aller Anstrengung züchten: Menschen, die die Tatsachen nicht kennen und verstehen, die es aufgegeben haben, sie verstehen zu wollen und nur mehr in blinder Angst vor der "Bombe" in die Richtung laufen, in der man sie haben möchte.

Leider endete die Versammlung in einem Tumult. Er wurde durch Leute wie Moser und Mascher verschuldet, denen die klare und scharfe Argumentation der meisten Diskussionsredner so auf die Nerven ging, daß sie "Drahts Euch!" und "Gehts ham!" zu schreien begannen. Insbesondere was sich das Mitglied des Zentralvorstands der Metall- und Bergarbeiter Mascher leistete, ist eine Schande.

Die Hauptverantwortung trägt freilich Spira, der sich nicht nur als bösartiger Ableger Münchhausens vorstellte, sondern zugleich ein klassisches Beispiel für dessen eingefrorenes Posthorn lieferte, aus dem die Töne erst herauskommen, wenn der, der sie hineingeblasen hat (in diesem Fall Chruschtschow), bereits im Nebel der Geschichte verschwunden ist. Wie lange werden sich unsere Organisationen noch einen solchen Demagogen als Referenten gefallen lassen?

LITERATUR und KUNST

Bravo, Genosse Cremer !

Fritz Cremer ist ein Bildhauer aus der DDR. Er hat anläßlich der Ausstellung einiger seiner Werke Wien besucht. Die Herausgeber des "Tagebuch" luden Cremer ein, einen Vortrag über die Kunst in der DDR zu halten. Wenn Bruno Frei und Konsorten gedacht hatten, einen "Auch-Vertreter" der sozialistischen Kunst eingeladen zu haben, wie Hajek und Mnacko auf literarischem Gebiet es sind, hat sie Cremer beschämt. Genosse Cremer ist Marxist und hat daher etlichen der TB-Leute keine Freude bereitet.

Solange es Nationen gibt, wird es eine nationale Kunst geben. Cremer ist deutscher Künstler und da er Kommunist ist, will er helfen, die Grundlagen zu einer sozialistischen Kunst zu legen. Cremer sagt mit Brecht: "Horcht auf den Mann auf der Straße!" und zitiert Dürer, der sagte: "Hört, was der Bauer sagt, aber hört richtig!" Damit ist die Aufgabe eines sozialistischen Künstlers umrissen. Die Kunst kann sich nur entwickeln, wenn der Künstler vom Volk verstanden und kritisiert wird; und umgekehrt lernt das Volk vom Künstler.

Bruno Frei als Vorsitzender versuchte vergebens, die klare Stellungnahme des Genossen Cremer zu verwischen. Da wurde die Wichtigkeit von Gesprächen zwischen Ost und West hervorgehoben (was nicht bestritten wird, aber entscheidend ist der Inhalt der Gespräche!), da wird die friedliche Koexistenz auch auf ideologischem Gebiet herangezogen, aber vergessen wird die Stellungnahme vom mar-

xistischen Standpunkt hiezu. Der Gegner mag seine Ansichten vortragen, aber der Kommunist muß erwidern - nur dann haben Gespräche einen Sinn.

Da haben es die Marek, Fischer und Frei mit einem M n a c k o leichter, der eine "Verspätete Reportage" schmiert, in der er den Versuch unternimmt, einen der größten Revolutionäre der sozialistischen Bewegung in den Schmutz zu zerren; der anläßlich einer Pressekonferenz in Wien mit Stolz verkündet, daß sogar ein alter Kollaborateur heute in der tschechoslowakischen Volksdemokratie gedruckt wird. Vergessen ist die "Reportage, unter dem Strang geschrieben" von F u c i k . Vergessen sind die von den Hitlerfaschisten hingemordeten zehntausenden Freiheitskämpfer, Arbeiter und Intellektuellen. Er macht "Koexistenz" mit den Mördern von gestern und erklärt die Gegensätze als "Deformation aus der Kultzeit".

Ich weiß nicht, wo Hajek und Mnacko während der Zeit, als Fucik seine Reportage - r e c h t z e i t i g und nicht verspätet - schrieb, gewesen sind; d e r z e i t stehen sie auf der anderen Seite. Die tschechoslowakische Volksdemokratie täte gut daran, sich die beiden Herren genauer anzusehen, denn sie tragen wahrlich nicht dazu bei, das Ansehen des sozialistischen Staates zu heben.

Genosse Cremer ist aus einem anderen Holz geschnitzt. Er ist Kommunist. Nicht nebenbei, sondern als Mensch u n d Künstler. Er hat mit einfachen Worten eine klare Position bezogen und sich weder von den versteckten noch von den offenen Gegnern beirren lassen. Er hat in seiner bescheidenen Art kompromißlos den Standpunkt der Kommunisten vertreten und dafür gebührt ihm Dank.

Walter L a n d g r a f

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz S t r o b l , Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 101